Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46. Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 169. Freitag, den 22. Juli 1921. 28. Jahrgang.

Eine Kundgebung des Reichs-Landbundes.

In den agrarisch-politischen Kreisen sind die Drahtzieher nicht müßig. Sie haben schon jetzt eine allgemeine Protestaktion gegen die „neuen Lasten" begonnen, die die Landwirtschaft „nur schwer tragen kann". Man kündigt Opferwilligkeit an, wenn das Gesamtvolk Steuern zahlt — aber selbstverständlich! — und wenn das landwirtschaftliche Betriebsvermögen ungeschmälert erhalten bleibt. Steuern, die das Vermögen angreifen, will man mit aller Schärfe bekämpfen, denn „sie bedeuten nichts anderes als die verkappte Verstaatlichung der Produktionsmittel."

Das Blatt der Wulle-Ereignisse, das „Deutsche Abendblatt", bringt aber erst den richtigen politischen Schwung in die Protestbewegung. Es meldet einen Beschluß des Brandenburgischen Landbundes unter der Ueberschrift: Die Bauern machen nicht mehr mit! Der Beschluß selbst spricht das ungeniert aus, was die Aktion des Reichslandbundes eingeleitet hat. Der Brandenburgische Landbund kündigt den ländlichen Ablieferungsstreik an, um der Landwirtschaft im Staat die ihr gebührende Anerkennung und Gleichberechtigung zu verschaffen!"

Neuer Millionenkredit.

Berlin, 22. Juli.

Halbamtlich wird mitgeteilt: Bei Bekanntgabe des Kredits von 150 Millionen Goldmark wurde mitgeteilt, daß Verhandlungen mit internationalen Finanzkreisen zur Beschaffung weiterer Kredite fortgesetzt werden. Von der Reichsbank wird mitgeteilt, daß es durch Vermittlung des Bankhauses Mendelsohn Co. in Amsterdam gelungen ist, inzwischen einen neuen Kredit von 150 Millionen Goldmark für die Reichsbank zu beschaffen. Weitere Verhandlungen über weitere Kredite schweben zurzeit noch.

Der Frankfurter Waffenfund

hat sich aufgeklärt. Die Polizei teilt mit: Die Durchsuchung der Räume ergab, daß der frühere Student von Atuo die Kisten nach dem Keller transportieren ließ. Ferner befanden sich dort 60 Kisten **Infanteriemunition** und Benzintanks mit 400 Gewehren. Nach Angaben des verhafteten Schulverwalters wurden die Tanks von dem Studienrat dorthin gebracht **mit der Angabe, es seien Steine für das Senckenbergische Museum** darin. Die Untersuchung bei dem Studienrat förderte erhebliches Belastungsmaterial zutage. Außerdem wurden gewisse Anhaltspunkte dafür entdeckt, die das **Bestehen von Organisationen** vermuten lassen, sowie **gegen eine Reihe von bekannten Persönlichkeiten belastendes Material** erbrachten. Der Gang der Untersuchung ergab, daß weitere Gewehre versteckt sein müßten. Das führte zur Untersuchung in dem Lokal auf der Hundswiese, **wo über 500 Gewehre und 40 Kisten Munition gefunden wurden.**

Der griechisch-türkische Krieg.

Vor einiger Zeit haben die Griechen einen großangelegten Vormarsch eingeleitet. Sie meldeten sofort großen Geländegewinn und schließlich auch Beute an Gefangenen und Waffen. Die Türken stellten all das in Abrede; nach ihrer Darstellung hat bisher ein ernster Kampf überhaupt nicht stattgefunden.

Die letzten Meldungen scheinen aber die Einnahmen wichtiger Städte und Knotenpunkte durch die Griechen zu bestätigen. Sogar Eski-Schehir soll den Griechen mit 30 000 Kemalisten in die Hände gefallen sein.

Der Kampf zwischen Türken und Griechen verdient insofern größeres Interesse, als er gleichzeitig ein stilles Ringen zwischen dem türkenfeindlichen England und dem für Khemal eintretenden Frankreich ist.

Soweit die Meldungen aus Paris kommen, stellen sie deswegen alle griechischen Erfolge in Abrede, während die Londoner Berichte großartige Griechensiege verkünden.

Paris, 21. Juli.

Von der Regierung von Angora wird jeder ernste Kampf zwischen Griechen und Türken abgeleugnet und der Rückzug der Türken mit taktischen Gründen erklärt. Wie der Intransigeant aus Konstantinopel erfährt, wird von griechischer Seite die Nachricht verbreitet, daß die Türken sich auch in Ismid bedroht fühlten und es möglicherweise räumen würden, um der Gefahr des Abgeschnittenwerdens zu entgehen. Der griechische Vormarsch, dessen Gelingen zum Teil englischer Unterstützung zugeschrieben wird, soll der Regierung von Angora die Lust genommen haben, die angekündigten Verhandlungen mit London aufzunehmen, wenigstens stellt der Temps entgegen dem Petit Parisien von heute vormittag fest, daß bekannt werde, **Bekir Sami Bey** und **Dr. Beschad Bey hätten sich nach London begeben.**

London, 21. Juli.

Die Einnahme Eskischehirs wird hier als großer griechischer Erfolg anerkannt. Der griechische König soll gestern mit dem Kronprinzen von Smyrna nach der Front abgegangen sein.

Frankreich und England.

Berlin, 21. Juli.

Es zeigt sich heute immer mehr, daß die französische Politik der letzten acht Tage auf falsche Voraussetzungen aufgebaut worden ist. Die Hoffnung Frankreichs, daß die englische Politik im Orient eine schwere Niederlage erleiden wird, und die Erwartung neuer Schwierigkeiten bei den Verhandlungen über das irische Problem scheinen sich nicht zu erfüllen. Fluchtartig räumen die türkischen Nationalisten, von den Griechen bedroht, ihre Stellungen unter Zurücklassung vieler Tausender Gefangener und großen Waffenmaterials. 30 000 Kemalisten sind in die Hände der griechischen Truppen gefallen. Auch die Beratungen über Irland stehen nicht so schlecht, wie es den Anschein hatte. Daß Schwierigkeiten, und zwar solche staatsrechtlicher und wirtschaftspolitischer Natur, aufstehen, war für jeden klar, der die irische Frage und die Kämpfe um deren Regelung kennt. In Irland wie in England sind die Bestrebungen nach einer Einigung über die irische Frage derart groß, daß zuversichtlich auf eine zufriedenstellende Lösung zu rechnen ist.

Im Zusammenhang mit den vorstehenden Fragen kann man auch die Haltung Englands in der oberschlesischen Frage verstehen. England hat heute ein größeres Interesse als je daran — aus inner- wie außerpolitischen Gründen — eine baldige Entscheidung über die Zukunft Oberschlesiens zu fällen, und die Hoffnungen, die in dieser Beziehung auf das englische Kabinett gesetzt werden, sind nicht unberechtigt. Wir sind uns klar, daß auch die augenblicklichen Meinungsverschiedenheiten, die zwischen Paris und London bestehen, nicht zu einer Sprengung der Ententekoalition, von der bereits heute wiederum gemunkelt wird, führen werden, aber sicher ist, daß es Briand nicht gelingen wird, die von ihm verfolgte Verzögerungstatik durchzuführen. Die augenblickliche Stellungnahme Italiens gegenüber dem oberschlesischen Problem spricht für die vorstehenden Behauptungen. Sowohl in den Kreisen der italienischen Regierung wie auch in weiten Bevölkerungskreisen macht sich ein Stimmungsumschwung bemerkbar. Es ist jedoch zweifelhaft, daß die **Entscheidung über die endgültige Grenzfestsetzung in den nächsten 14 Tagen fallen wird.** Schon die Tatsache, daß sich der italienische Botschafter entgegen allen bisherigen Gewohnheiten dem französischen Schritt nicht angeschlossen hat, weist darauf hin, daß man in Italien über die Haltung der Polen und der Deutschen in Oberschlesien völlig anderer Meinung ist, als Briand in seiner Note an die deutsche Regierung zum Ausdruck bringt.

Selbstverständlich ist dem deutschen Volke mit einer schnellen Entscheidung allein nicht geholfen, wenn nicht dem Abstimmungsergebnis entsprechend den Bestimmungen des Versailler Vertrages Rechnung getragen wird. So sehr auch jeder Optimismus in der oberschlesischen Angelegenheit unangebracht erscheint, glauben wir doch darauf hinweisen zu dürfen, daß der jüngste Schritt der französischen Regierung in Berlin die Bestrebungen und Absichten Frankreichs bezüglich der Entscheidung in Oberschlesien in krasser Form aufdeckte und in den Ententeländern einen Eindruck erweckt hat, der gerade nicht zuungunsten Deutschlands spricht.

Infolge der Erörterung des Regierungsprogramms rechnete der italienische Abgeordnete Ayala in der Kammer auf das schärfste mit der französischen Polenpolitik ab. Durch die Haltung Frankreichs sei der Versailler Vertrag vollkommen vergewaltigt worden und die Erfüllung seiner Klauseln verzögert, so daß die Regelung der ganzen Angelegenheit überhaupt in Frage gestellt worden sei. Als das Schlimmste bei der Erörterung der Entscheidung bezichtigte Ayala die sogenannte „Versöhnungslinie" des inzwischen verabschiedeten Außenministers Sforza. Entschieden wandte sich der Abgeordnete auch **gegen das Bestreben Frankreichs, ein Zusammentreten des Obersten Rates hinauszuschieben,** und fordert von dem neuen Außenminister eine würdige und energische Haltung in der oberschlesischen Frage. Auch die italienische Presse nimmt augenblicklich eine Haltung ein, die scharf die Politik des Grafen Sforza verurteilt. Allerdings treten die maßgebenden italienischen Zeitungen für den Anschluß an die englische Politik bezüglich Oberschlesiens ein. Eine Zeitung gibt nochmals den Wortlaut des bekannten französisch-polnischen Abkommens wieder, nach dem Polen ein Heer von 600 000 Mann mit Unterstützung Frankreichs halten muß und sich verpflichtet, Frankreich dafür die Ausbeutung von Pleß und Rybnik, sowie 40 Proz. des deutschen Industriekapitals zu überlassen. — Das von Frankreich unterhaltene Heer, sagt das Blatt, **kann nur zum Kriege gegen Deutschland bestimmt sein.**

Briands Vorstoß gegen Oberschlesien.

Von unserem Oppelner Korrespondenten.

Die französische Regierung hat sich mit ihrer Note und den daran geknüpften drei Forderungen plötzlich zu einem Schritt entschlossen, der diplomatisch eine Absonderlichkeit darstellt. Gemäß der Rechtslage sollte man eigentlich diplomatische Sonderschritte der französischen Regierung überhaupt nicht erwarten, sondern nur gemeinsame der drei Mächte vom Obersten Rat bezw. von Oppeln aus. Davon ist aber nicht die Rede. Die Pariser Regierung erklärt nur, daß sie „in erster Linie die Verantwortung trägt" und daß sie „überzeugt" ist, die Alliierten dächten jetzt mehr an eine baldige Entscheidung über Oberschlesien. Abgesehen von diesen doch recht vagen Bemerkungen bringt die Note rein französisch-deutsche Auseinandersetzungen. Frankreich fühlt sich bedroht durch die angeblich inkorrekte Auflösung des Selbstschutzes, und es fühlt sich beleidigt durch einige Zwischenfälle, bei denen französische Mitglieder des Besatzungskorps auch einmal am eigenen Leibe die Gefahren des Oberschlesien von heute zu spüren bekamen. Tatsächlich also hat man in Paris jetzt damit begonnen, ein Sonderinteresse an Oberschlesien offenkundig hinein in die allgemeine Vexationspolitik, und man möchte den Spruch über Oberschlesien abhängig machen von der Entwicklung der gesamten Beziehungen zwischen Berlin und Paris. Faustpfand — das Wort wird nicht ausgesprochen, klingt aber deutlich genug durch! Die Ankündigung einer neuen Division ist nicht anders zu deuten.

Wir wissen nicht, ob unsere Regierung in ihrer Antwort gegen diese Verschiebung der Rechtsverhältnisse Verwahrung einlegen wird. Vielleicht haben London und Rom noch mehr als Berlin Anlaß zum Erstaunen. Auch gegenüber den eigenen Verbündeten sucht Briand sich einen Sondervorteil zu schaffen; insbesondere sucht er den Zuwachs an Prestige, den England durch die Truppen Hennikers etwa gewann, zu paralysieren. Diese Art Vorgehen erinnert wirklich beinahe an die Ereignisse zwischen den beiden Balkankriegen, als die uneinigen Sieger von damals um die Wette Verstärkungen nach den strittigen Orten schickten. . . . . Wir müssen demgegenüber immer wieder fragen: Was geht unser armes zergrübeltes Land die hohe Weltpolitik an, weshalb sollen gerade wir dazu verdammt sein, das Kompensationsobjekt im Wettkampf wildfremder Interessen abzugeben? Oberschlesien verlangt jetzt, gemäß den Versailler Satzungen, die baldige Verwirklichung seines Rechtes als endgültige Entscheidung.

Die neue Verzögerung bildet eigentlich den Kernpunkt des Pariser Vorgehens. Und der eigentlich Betroffene ist also nicht das Reich, sondern das Abstimmungsgebiet. Man versteht aber bei uns durchaus nicht, weshalb wir leiden sollen unter eventl. Verfehlungen der Berliner Regierung und unter solchen einiger Heißsporne vom Selbstschutz. Wir haben die Sondertaktik der letzteren nie gebilligt, geschweige denn mitgemacht. Auch diejenigen unter uns, die dem Selbstschutz ihren Dank besonders bezeugt haben, sind weit davon entfernt, ihn weiter zu Gast zu bitten. Von sozialdemokratischer Seite zumal ist dem Selbstschutz ganz unzweideutig ein Adjö zugerufen worden, kein Auf Wiedersehen. In einem früheren Artikel ist hier die Forderung unterstrichen worden, nach erfolgter Zuteilung nicht mehr irreguläre Streitkräfte (und auch nicht Reichswehr), sondern vielmehr Schupo hineinzulassen. Schließlich ist auch für das Reich zu betonen, daß die Politik der beiden großen Parteien sowie der Regierung ehrlich bemüht ist, keinen Anstrich von Illoyalität in der Selbstschutzfrage zu zeigen.

Wenn trotz alledem bei der Auflösung nicht alles nach Wunsch gegangen ist, so müssen gerade die Oberschlesier — ohne gewisse Ungeschicklichkeiten der deutschen Behörden beschönigen zu wollen — sich dagegen verwahren, daß ihnen das Vorgehen einzelner zur Last gelegt wird. Und nicht genug damit, sollen sie aus solch geringem Anlaß ihres bißchen eigenen Rechts, das ihnen das Friedensdiktat übrig gelassen hat, kurzerhand beraubt werden! Wir denken hier gar nicht an einen „vorbereiteten Angriff", und General Höfer, der ihn angeblich vorbereiten soll, befindet sich überhaupt nicht mehr in Schlesien. Soweit die Behauptungen der Note auf die Zukunft gehen, bedürfen sie vor der Welt wohl kaum einer Widerlegung, selbst in London und Rom wird man wissen, daß der große Advokat Briand wieder einmal nur die tatsächlichen Verhältnisse einfach umgedreht hat, daß er die Aufruhrpläne seiner Warschauer Schützlinge vertuschen will. Es wird wieder einmal in die Welt hinausgerufen: „Halter den Dieb!" Nun, die Welt hat diesen Ruf ja schon öfters gehört und dürfte sich nicht noch einmal düpieren lassen.

Vielleicht wird man in der politischen Welt die Stimme Oberschlesiens diesmal nicht so ganz überhören, wenn sie über Briands neuem Angriff klagt. Denn man betrachtet hier diesen Angriff, der anscheinend das Deutsche Reich treffen soll, **als tatsächlich gegen Oberschlesien gerichtet.** Wir sollen neue Bedränger ins Land bekommen, neue Unsicherheit, neues Entschwinden der Hoffnung auf baldige geordnete Rechtsverhältnisse. Und während man uns noch enger als bisher fesselt, werden wir einem Notenkrieg Paris—Berlin von ferne zuschauen müssen, einem Notenkrieg zusamt allen möglichen Auseinandersetzungen zwischen allerlei wildfremden Kabinetten.

Es wäre vielleicht nicht unratsam, Herr Dr. Rosen würde in seiner ersten Antwort den formellen Rechtsstandpunkt hervorheben. Gegen die Forderungen wird er prinzipielle Einwände wohl nicht erheben. Die zweite versteht sich von selbst, die erste entspricht den bisherigen Berliner Zusagen und gegen die entscheidende dritte — die Vorbereitungen für neue französische Verstärkungen — läßt sich eben leider kaum etwas tun. Der Rechtsstandpunkt aber verlangt, daß diese dritte Forderung nur vorübergehende Folgen haben darf, daß sie einen Uebergang darstellt zum baldigen endgültigen Abmarsch und zur Beendigung des rechtswidrigen Schutzmandates. Oberschlesien hat die Entscheidung zu fordern, und nach ihr haben die Franzosen dort nichts mehr zu suchen. Auch nicht ein Faustpfand für ihre Streitigkeiten allgemeiner Natur mit dem Deutschen Reich.

Das Reichskabinett und die Antwort an Frankreich.

TU. **Berlin**, 22. Juli.

Die deutsche Antwortnote an die französische Regierung ist gestern nachmittag im Reichskabinett zum Vortrag gebracht worden. Es ergab sich bei der Beratung Einstimmigkeit über die Grundlage der Note; die definitive Fassung des Textes steht aber noch nicht fest.

Eine neue Sowjet-Note an die Reichsregierung.

Berlin, 21. Juli.

Der Vertreter der Sowjet-Regierung, Wigdor Kopp, hat an den Reichsminister des Aeußern eine Note gerichtet, in der er unter Beifügung von zwei Dokumenten das Bestehen einer weißrussischen Werbezentrale in Berlin, und zwar bei der Vertretung des Ataman Semenoff, behauptet. Neben der Belehrung, daß solche Tätigkeit auch eine Verletzung der deutschen Gesetze bedeute, fordert Kopp namens der Sowjet-Regierung die sofortige Auflösung jener angeblich durch den Oberst Freyberg und Hauptmann Aporowitsch organisierten Zentrale und Einschreiten gegen beide Offiziere. — Die Dokumente stellen Aufforderungen dar, einem Oberleutnant Ginz und einem Generalmajor Lochwitzki behilflich zu sein, um die Armee Semenoffs zu erreichen.

Oberschlesien.

Die Vorbedingung für eine amerikanische Vermittlung.

F. K. **Neuyork**, 22. Juli.

Die englische Anregung einer Vermittlung der Vereinigten Staaten in der oberschlesischen Frage wird in Amerika günstig aufgenommen. Eine Intervention der Bundesregierung würde nur dann erfolgen, wenn der europäische Friede unmittelbar bedroht wäre. — Harding sieht sich neuerdings dem Vorstoße einer Anzahl von Senatoren gegenüber, die für eine Zurückziehung der Truppen vom Rhein eintreten.

Die französischen Sachverständigen für Oberschlesien.

Paris, 22. Juli.

Die französische Regierung hat bereits ihre Sachverständigen in der Person der Herren Lauroffe, Fromageot und Malligli ernannt. Die französischen Sachverständigen hoffen, ihre Arbeit bereits am kommenden Montag aufnehmen zu können.

Die Beuthener Gefangenen.

TU. **Breslau**, 21. Juli.

Die beim Einzug der Engländer festgenommenen Deutschen kehrten jetzt zum Teil wieder zu ihren Angehörigen zurück. Die Einsperrung hat volle 15 Tage gedauert. Brutale Mißhandlungen sollen an der Tagesordnung gewesen sein. 28 Gefangene sind noch in Haft.

Die „Schles. Landeszeitung" will wissen, daß durch ein französisch-polnisches Geheimkommando etwa 50 Personen spurlos verschwunden sind und zwar aus den Kreisen Kosel, Gleiwitz und Neustrehlitz.

Die Teuerung in Polen.

Der „Vossischen Zeitung" wird aus Danzig berichtet, daß infolge der Wirtschaftspolitik der polnischen Regierung eine große Unzufriedenheit in Pomerellen ausgebrochen ist. Seit Aufhebung der Zwangswirtschaft sind die Preise überall ungeheuer in die Höhe geschnellt. In Neustadt zahlt man seit dem 15. Juli statt 14 Mk., wie bisher, 90 Mk. für ein Pfund Brot. Die Preise für alle anderen Lebensmittel halten damit Schritt. Ende der vorigen Woche kam es in Polen in einigen Vororten zu ernsten Krawallen. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen, und die Demonstrationen konnten nur durch Aufgebot von Militär unterdrückt werden. Am letzten Sonnabend haben die Gewerkschaften in Nord-Pomerellen den Generalstreik erklärt. Vor dem Rathaus in Neustadt und vor der Starostei kam es zu Zusammenstößen zwischen demonstrierenden Arbeitern und der Polizei. Die Hafenarbeiter in dem staatlichen polnischen Hafen Putzig sowie die Bahnarbeiter, die die neue Eisenbahnstrecke von Putzig nach Karthaus unter Umgehung des Freistaates Danzig fertigstellen, haben die Arbeit niedergelegt. In Danzig erwartet man für die nächsten Tage die Einstellung des gesamten Eisenbahnverkehrs in Pomerellen. Wie es im „Korridor" werden wird, weiß man noch nicht. Aus Graudenz, Bromberg und Thorn werden gleichfalls Unruhen gemeldet. In der Thorner Gegend ist ein großer Landarbeiterstreik ausgebrochen. Die Ernte ist in Pomerellen und Posen außerordentlich schlecht, da die anhaltende Trockenheit Wiesen und Felder verbrannt hat.

Die Lage in Irland.

TU. **London**, 21. Juli. (Reuter). Gestern sind die Soldaten aus dem Bezirk von Belfast, wo die Unruhen stattgefunden haben, zurückgezogen worden. Es herrscht dort vollkommen Ruhe in der Stadt. Man erwartet, daß Lloyd George sofort de Valera die Vorschläge der Regierung für die zukünftige Regierungsform in Irland mitteilen wird.

Die Kosten des englischen Bergarbeiterstreiks.

Der „Daily Herald" brachte vor einiger Zeit eine spezialisierte Aufstellung der Kosten, die dem englischen Staat durch den Bergarbeiterstreik erwachsen sind. Danach wurden ausgegeben in Pfund Sterling:

Für Verteidigungstruppen, Reserven und reguläre Truppen	7 000 000
Marine	1 225 000
Flugwesen	330 000
Nothilfe	800 000
Beihilfe an Kohlenindustrie (nach dem Streik)	10 000 000

Zu diesen Verlusten des Staates müssen noch hinzugerechnet werden die Verluste, die die Volkswirtschaft durch den Ausfall von 70 Arbeitstagen erlitten hat und die sich noch nicht annähernd schätzen lassen. Leider ist eine Aufstellung darüber, wieviel den Bergarbeitern dieser Streik gekostet hat, noch nicht erschienen. Sicher aber dürften die Verluste auf dieser Seite auch sehr erheblich sein.

Kapitalistische Erpresserpolitik.

Vor einigen Tagen ging durch die Presse eine Meldung der stinnesierten TU., in der gesagt wurde, daß auf der Kruppschen Germaniawerft in Kiel ähnlich wie auf dem Grukonwerk in Magdeburg und in der Essener Gußstahlfabrik eine Arbeitsstreckung vorgenommen werden müsse. Diese Maßnahme wurde folgendermaßen begründet:

„Die Reichsmittel aus dem Reedereiabfindungsvertrage reichen nicht im entferntesten zu, um die Fertigstellung der einzelnen Schiffe zu fördern. Sollten die Reedereien nicht in der Lage sein, auch noch selbst entsprechende Mittel herzugeben, so bleibe nichts anderes übrig, als mit dem Bau der betreffenden Schiffe aufzuhören. Auf die Dauer werden aber auch Arbeiterentlassungen nicht zu umgehen sein."

Diese Begründung sagt alles. Sie zeigt sehr offen den Grund und den Zweck der Arbeitsstreckung. Nicht Mangel an Arbeit, sondern Mangel an Profit hat sie veranlaßt. Um die Gewinne zu erhöhen, geniert man sich absolut nicht, tausende von Arbeitern auf die Straße zu werfen und dem Hunger zu überantworten. Nachher schimpft man dann fleißig über die „Prämie auf Faulheit", womit man die Erwerbslosenunterstützung meint und hofft im stillen, daß die Regierung sich herbeiläßt, den Reedern neue Milliarden zu opfern. Wie das Unternehmertum während des Krieges, in den schwersten Stunden des deutschen Volkes, seine Profitinteressen über alles stellte, wie es jeden gewünschten Preis mit Hilfe einer mehr oder weniger offenen Drohung mit der Einschränkung der so wichtigen Produktion von Kriegsmaterial drohte, so glaubt es auch jetzt noch „arbeiten" zu können. Aus der Not „ihres" Vaterlandes ungeahnte Gewinne zu pressen, das ist die Vaterlandsliebe der Stinnes-„Patrioten".

Wie in Deutschland — so im Ausland! Eben hat die Welt die erfreuliche Nachricht von der geplanten Abrüstungskonferenz Hardings gehört, so beginnen schon die amerikanischen Unternehmer um ihren Profit zu bangen. Der Weltkrieg war gerade für sie ein so glänzendes Geschäft, daß schon allein der Gedanke, er könne der letzte gewesen sein, sie in maßlose Angst versetzt. Die amerikanischen Werften verkünden, daß sie für den Fall der Abrüstung ihre Betriebe schließen und die Arbeiter entlassen müßten. Mit diesen Schreckschüssen glaubt das amerikanische Kapital die Abrüstung verhindern zu können. Es tut so, als wenn es nur Kriegsschiffe und keine anderen gäbe. Aber der Bau von Kriegsschiffen ist der rentabelste und darum möchten sie immerfort nur Kriegsschiffe bauen. Auch für die Arbeiterschaft soll das sehr wertvoll sein. Sie behält dabei „gute und lohnende Beschäftigung", sie darf sich nachher wieder am Kriege „begeistern", den Kapitalisten neue Gewinne erarbeiten und schließlich auch noch für sie ihr Leben lassen.

Diese Erpresserpolitik des internationalen Kapitalismus bedeutet eine schwere Gefahr für die Gesamtarbeiterschaft und fordert von dieser gespannteste Aufmerksamkeit. National und international muß das Proletariat seinem gemeinsamen Feind geschlossen gegenüberstehen. Das mögen vor allem jene bedenken, denen die Amsterdamer Internationale „zu revolutionär" ist und jene, die sich an den Phrasen und dem Firlefanz der Moskauer Geistesgrößen berauschen. Weder durch Lobgesänge noch durch Phrasen läßt sich der Kapitalismus erweichen. Nur eine zielbewußte Arbeit, die unterstützt wird von der großen Mehrheit des internationalen Proletariats, die von keinen Stimmungen und Gefühlen beeinflußt wird, die alle Möglichkeit sorgfältig abwägt, jede unnütze Kraftvergeudung vermeidet, vielmehr dem Kapital in zähem Ringen ein Stück seiner Position nach dem anderen nimmt, bis jene Stellung erreicht, und die Macht gesammelt ist, die den entscheidenden Schlag ermöglicht, verbürgt den Sieg der Arbeit über das Kapital.

Die Amsterdamer Internationale ist die internationale Arbeiterorganisation, die vor allen anderen Dingen bisher allein den Beweis geliefert hat, daß ihre Arbeit die Voraussetzung für diesen Sieg schafft. Sie wird gefürchtet vom internationalen Unternehmertum und gehaßt von den Moskauer „Gewerkschaftsführern", denen jede freigewerkschaftliche Arbeit so neu ist wie unseren Kommunisten, die noch vor gar nicht langer Zeit gelb waren und jeden Augenblick bereit sind, es wieder zu werden, wenn ihr Interesse es erfordert. Aber trotz dieser Gegnerschaft ist die Amsterdamer Internationale — getragen von dem Vertrauen von weit mehr als 20 Millionen Arbeitern — nicht nur die Macht, die alle Angriffe des internationalen Kapitals auf die Rechte der Arbeiter und die Lohn- und Arbeitsbedingungen abwehren kann, sondern sie allein ist — im rechten Augenblick eingesetzt — in der Lage, den Sieg an die Fahnen der Arbeit zu heften.

Politische Attentate.

TU. **Leibach**, 22. Juli. Gestern wurde der frühere Minister des Innern Draskowic in Dolnices (Jugoslawien), wo er mit seiner Familie in der Sommerfrische weilte, auf einem Waldspaziergang von einem zwanzigjährigen Arbeitsburschen durch einen Revolverschuß ermordet. Der Attentäter wurde sogleich verhaftet und gab an, daß er von einem kroatischen Studenten zur Tat bewogen worden sei. Der Student wurde gleichfalls in Agram verhaftet.

TU. **Barcelona**, 22. Juli. Die Attentate in Barcelona dauern fort. In den letzten Tagen forderten sie fünf Opfer unter den Arbeitern, darunter drei, die früher zum roten Syndikat gehörten.

Die Antwerpener Diamantenindustrie.

TU. **Brüssel**, 22. Juli. Nach Eingang großer Bestellungen von amerikanischen Diamantenhändlern hat die Antwerpener Diamantenindustrie, die sieben Monate ruhte, die Arbeit wieder aufgenommen. 5000 Arbeiter haben dadurch Beschäftigung gefunden.

Die Uebergabe Westungarns an Oesterreich.

TU. **Wien**, 21. Juli. Nach den gestern aus Paris hier eingetroffenen Nachrichten wird Westungarn am 10. August an Oesterreich übergeben werden. Die Generäle der Entente reisen im Laufe der nächsten Woche nach Oedenburg, um die Vorbereitungen für die Uebergabe zu treffen. Ungarn wird Westungarn zunächst an die Entetegeneräle übergeben, welche ihrerseits Westungarn an Oesterreich übergeben werden. Die drei Großmächte England, Frankreich und Italien legen Wert darauf, daß die Grenzregulierungs-Kommission ihre Verhandlungen im Geiste der Versöhnlichkeit und im gegenseitigen Entgegenkommen führt, weil beide Staaten auch in Zukunft wirtschaftlich aufeinander angewiesen sind.

Milchlieferungsstreik hessischer Bauern.

Mainz, 21. Juli. Die vereinigte freie rheinhessische Bauernschaft stellte heute die Milchlieferung ein, da die hessischen Städte einen Stallpreis von 3 Mark (!) ablehnten und auf 2.20 Mark beharren.

Verbot der Regimentskapellen im besetzten Gebiet.

Ludwigshafen, 22. Juli. Die Besatzungsbehörden haben die sogenannten Regimentskapellen bezw. die Zusammenkünfte ehemaliger „Kriegsteilnehmer und Regimentskameraden" im besetzten Gebiet verboten.

Die deutschen Ernteaussichten.

TU. **Berlin**, 22. Juli. Nach Mitteilungen aus dem Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft ist, soweit sich bisher urteilen läßt, im Durchschnitt nur eine Mittelernte in Deutschland zu erwarten.

Der latente Kriegszustand.

Es unterliegt für Sehende keinem Zweifel, daß Frankreich den Versailler Vertrag als Fetzen Papier, als einseitige Fessel für Deutschland betrachtet und nach wie vor sich gegen Deutschland im Kriegszustand befindet. Für Frankreich ist mit Deutschland noch kein Frieden, weil die französischen Kriegsziele durch den Vertrag von Versailles bei weitem noch nicht erreicht worden sind. Frankreich will endlich seine traditionelle wohlgepflegte Rheinpolitik zum Ziele führen und es will zweitens Deutschland derart zerreiben, daß es für alle Zeiten ein zum Dulden gezwungener Staatskrüppel bleibt.

Unter diesem Gesichtspunkte ist die oberschlesische und polnische Politik Frankreichs und sein zähes Festhalten an den Sanktionen und namentlich an der Zollgrenze am Rhein verständlich.

Frankreich schleppt die Entscheidung über Oberschlesien hinaus. Eine solche Entscheidung über Oberschlesien, auch wenn diese noch so günstig für Polen wäre, würde das französische Geschäft in Oberschlesien zur Liquidation bringen. Den Franzosen liegt gar nicht soviel daran, den Polen Oberschlesien zu geben. Sie wollen vor allem selbst in Oberschlesien bleiben, wollen mit Deutschland in Reibung bleiben, um den Vorwand für die Böswilligkeit Deutschlands und damit für die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Zollgrenze am Rhein zu behalten.

Durch die Zollgrenze am Rhein wird das ganze besetzte Gebiet mit rund 7 Millionen Einwohnern durch eine doppelte Zollmauer von Deutschland getrennt. Das Rheinland ist Ausland geworden und es muß es bleiben, um die alten französischen Wünsche nach der Rheingrenze Wirklichkeit werden zu lassen. Früher hat man den Weg über den selbständigen Rheinstaat verfolgt. Damit ist man gescheitert. Nun werden mit Gewalt die Wirtschaftskräfte der Rheinprovinz zertrümmert und die Bevölkerung wird in Elend gestürzt, um sie mürbe und gefügig zu machen. Gleichzeitig wird das Rheinland mit französischen Waren überschwemmt und durch die Absperrung von Deutschland mit Gewalt versucht, die bisher nach Deutschland orientierte Wirtschaft dieses Gebiets nach Frankreich zu orientieren. Ein ganzes System von französischen Banken ist über das Rheinland gelegt worden. Die französischen Truppen haben sich fest eingenistet und lassen sich selbst neue Kasernen bauen. Im Saarland verkündet General Andlauer die „Entbochung" der dortigen Deutschen: „Boches" sei hinfort nur noch die Bezeichnung für die rechtsrheinischen Deutschen. Die Heiraten zwischen Elsässerinnen (jetzt Französinnen) und Deutschen aus dem besetzten Gebiet werden begünstigt, wenn die Ehemänner die französische Staatsangehörigkeit annehmen. Die Staatsangehörigkeit wird in diesen Fällen sofort erteilt. Auch die Heiraten französischer Soldaten mit Rheinländerinnen werden gefördert. Kurzum, die Französierung des Rheinlands wird mit allen Mitteln betrieben; mit wirtschaftlichem Druck, mit Banken, durchs Ehebett, durch Unterrichtskurse, durch eine Art Präfektenwirtschaft wie zurzeit des napoleanischen Kaisertums in diesen Gebieten.

Der Rhein soll französischer Grenzstrom werden. Dazu braucht Frankreich noch Zeit. Das Rheinland ist noch nicht französiert. Die Zollmauern müssen bleiben. Sie werden noch gestärkt dadurch, daß jetzt auch die Personenzüge von oder nach Deutschland am Rhein, wie an einer Grenze zwischen fremden Staaten 20 Minuten Zollaufenthalt zu nehmen haben. Oberschlesien muß in Unruhe bleiben, um den Vorwand zur französischen Rhein-Zollgrenze zu lassen . . . . .

Wo bleibt da Recht und Gerechtigkeit? Wo bleiben die Mitschöpfer des „Rechtsfriedens" von Versailles, um dieser ungeheuerlichen Schmach ein Ende zu machen und dem Vertrag von Versailles seine Geltung zu verschaffen?

Das „Königliche" Döberitz.

V. Einem Offenen Brief, den der Republikanische Führerbund an den Reichswehrminister richtet, entnehmen wir folgende Schilderung der Zustände auf dem Truppenübungsplatz Döberitz, von dem bekanntlich seinerzeit der Kapp-Putsch ausging:

Wollen Sie das Barackenlager betreten, so müssen Sie sich — wenn Sie sich nicht als Reichswehrminister zu erkennen geben — auf der Königlichen Kommandantur einen Ausweis ausstellen lassen, der Ihnen erst das Recht gibt, den Posten zu passieren.

Königlich ist diese Kommandantur immer noch — das besagen Schilder, die sowohl am Eingang des Truppenübungsplatzes als auch direkt vor der Kommandantur und an anderen Stellen zu finden sind! Der Ausweis, der Ihnen in der Schreibstube der Kommandantur ohne jede Legitimationsprüfung gegen Erstattung von 10 Pfg. überreicht wird, trägt zudem das mit dem kaiserlichen Adler versehene Siegel der Kommandantur.

Die wenigen freien Stunden, die dem Soldaten bei dem anstrengenden Dienst auf dem Truppenübungsplatz für sich bleiben, werden im Soldatenheim zugebracht. Dieses Heim können Sie ohne besondere Erlaubnis der Königlichen Kommandantur betreten und am Eingang ein Soldatenliederheft einem Kasten ohne besondere Gebühr entnehmen, in welchem Sie auch folgende Lieder finden:

Heil Dir im Siegerkranz (Nr. 7).
Ich bin ein Deutscher, kennt ihr meine Farben? Die Fahne schwebt mir schwarz-weiß-rot voran. (Nr. 11).

Im großen Saal des Soldatenheims, in welchem des Abends kinematographische Vorführungen stattfinden, sehen Sie — eigentlich für einen königlichen Uebungsplatz ganz selbstverständlich — **das Bild des nach Holland entflohenen obersten Kriegsherrn**, geschmückt mit der goldenen Kaiserkrone.

Der Brief fragt den Reichswehrminister am Schluß, ob es dem Herrn Reichswehrminister nicht wenigstens möglich sei, die äußere Fassade der Reichswehr republikanisch zu gestalten. Daß es ihm schwer fallen wird, den inneren Geist der Reichswehr zu republikanisieren, erkennt der Brief an, denn diese Arbeit wird in zu vielen Fällen sabotiert. — Freilich, das fügen wir hinzu, hat sich Herr Geßler diesen Weg auch selbst dadurch verbaut, daß er den Republikanischen Führerbund in der Reichswehr verbot.

Revision des Versailler Vertrages?

NZ. Berlin, 20. Juli.

Nach japanischen Zeitschriften beabsichtigt die Regierung Japans auf der nächsten Völkerbundsversammlung verschiedene Anträge auf Revision des Friedensvertrages von Versailles zu stellen. Erstens sollen die französischen und englischen Texte des Vertrages, die in nicht weniger als 10 verschiedenen Punkten voneinander verschieden seien, in Uebereinstimmung gebracht werden. Zweitens werde Japan, weil der Vertrag durch den Lauf der Ereignisse in verschiedenen Punkten veraltet sei, den Antrag **auf Revision des Vertrages in allen seinen Punkten** stellen. Außerdem soll im Vertrag der Tatsache Rechnung getragen werden, daß die Aufrechterhaltung des Friedens und der Ruhe im fernen Osten ganz auf den Schultern Japans ruhe.

Da auch die anderen nicht europäischen ehemaligen Kriegsgegner Deutschlands Revisionswünsche haben, wird wohl der Völkerbund an den japanischen Anträgen nicht vorübergehen können. Vertragsgegner aller dieser Mächte ist Deutschland. Wir werden bei dieser Gelegenheit auch unsere Forderungen auf Revision dieses mörderlichen Instrumentes mit anmelden müssen.

Zum Programm-Entwurf.

Von Eduard David.

Der veröffentlichte „Entwurf eines sozialdemokratischen Programms" fordert in verschiedener Hinsicht zur Kritik heraus. Das in der Einleitung weise umgrenzte, in absehbarer Zeit durchführbare Maß der Sozialisierung — die Vergesellschaftung der „großen konzentrierten Wirtschaftsbetriebe, soweit sie bereits zu Privatmonopolen geworden sind oder eine das Wirtschaftsleben der Nationen beherrschende Machtstellung erlangt haben" — ist leider in den Sonderprogrammen nicht überall eingehalten worden. So wird z. B. in dem Abschnitt über **Gesundheitspflege** die **Vollsozialisierung „des gesamten Heil- und Gesundheitswesens"** verlangt. Das hieße also Verbot jeder privaten ärztlichen Praxis. Wer an die Durchführbarkeit dieser Schablone glaubt und Verlangen trägt, möglichst viel weitere staatliche oder kommunale Defizitwirtschaften zu schaffen, mag sich dafür begeistern. Ich teile diese Begeisterung nicht. In seltsamer Inkonsequenz hat man im Abschnitt **Rechtspflege** von der Forderung der Sozialisierung der Rechtsanwaltschaft abgesehen. Wenn die Aerzte sozialisiert werden sollen, warum dann nicht auch die Rechtsanwälte und noch einige andere freie Berufe gleich mit?

Jedoch ich will auf dieses und anderes nicht näher eingehen. Was mich dazu treibt, ein öffentliches Wort der Kritik zu sprechen, ist das vorgeschlagene Agrarprogramm. Dazu gehört logisch und sachlich die unter **Wohnungswesen** als Punkt vorgeschlagene **„Vergesellschaftung des Grund und Bodens"**. Ich weiß nicht, an welche praktischen Maßnahmen die Verfasser bei Aufstellung dieser Forderung gedacht haben. Haben sie dabei, was Freund und Feind zweifellos herauslesen werden, an die Enteignung aller landwirtschaftlichen Besitzer und Eigentümer an Wohn- und Gartengrundstücken gedacht, so muß diese Forderung sowohl vom Standpunkt der Theorie des **wissenschaftlichen Sozialismus**, wie von dem der **praktischen Wirtschaft aus scharf abgewiesen werden.**

Das Erfurter Programm forderte nur „die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum". Und Kautsky lehnt in der parteioffiziellen Erläuterungsschrift die „unsinnige Forderung" ab, anderes als kapitalistisches Eigentum zu vergesellschaftlichen. Ja, er sagt: **Für die Kleinbetriebe wird** auch wohl nach dem Siege des Proletariats **das Privateigentum an den Produktionsmitteln fortdauern — von einer Konfiskation der kleinen Bauerngüter und Handwerksstellen phantasieren nur unsere Gegner."** (S. 25 der Erläuterungsschrift.)

Jeder, der für die Sozialdemokratie auf dem Lande gewirkt hat, weiß, wieviel uns trotzdem diese „Phantasie" unserer Gegner, gestützt auf allerlei Zitate gedankenloser Leute, zu schaffen gemacht, und wie sehr sie uns die ohnehin nicht leichte Arbeit in den Dörfern noch erschwert hat. Und nun will man unseren Gegnern mit einer solchen allgemeinen Vergesellschaftungsphrase eine Keule in die Hand drücken, mit der sie unsere ganze Werbearbeit unter den kleinen Landwirten und Besitzern einer Wohnheimstätte mühelos totschlagen können?!

Das Agrarprogramm der Kommunistischen Partei Deutschlands sagt über das Verhältnis der Bauern in der sozialistischen Gesellschaft:

Das Privateigentum des Kleinbauern an Land und Arbeitsmitteln bleibt unangetastet. Er erhält das bisher von ihm bewirtschaftete Land zur freien Verfügung überwiesen."

Man muß in der Politik das Gute nehmen, woher es kommt. Ich schlage darum vor, **diesen Satz auch an die Spitze unseres Agrarprogramms zu stellen.** Der Phantasie unserer Gegner über die Enteignungsabsichten, mit denen die Sozialdemokraten angeblich die Arbeitsbauern bedrohen, muß endlich der Hals umgedreht werden, gründlich und so, daß alle Welt das Knacken hört.

Außerdem aber ist zu bemerken, daß die ausnahmslose Vergesellschaftung des Bodens in **unversöhnlichem Widerspruch** zu dem **Reichssiedlungsgesetz** steht, das zuerst als **Reichssiedlungsverordnung vom 19. Januar 1919** von einem **rein sozialistischen Ministerium** eingebracht wurde und **einmütig** von den sozialdemoratischen Parlamentsvertretern **gebilligt** worden ist. **Durch das Reichssiedlungsgesetz und ebenso durch das mit unserer Zustimmung unter einem sozialdemokratischen Minister zustandegebrachte Reichsheimstättengesetz wird neues, wenn auch in gewisser Hinsicht gebundenes kleines Grundeigentum** (Rentengüter, Wohn- und Wirtschaftsheimstätten) **geschaffen.** Die Partei kann unmöglich diese ihre eigene Politik nachträglich verleugnen wollen.

Auch das in Punkt 6 der neuen Agrarvorschläge ausgesprochene Verbot **„Grund und Boden, der sich schon im Besitz von Reich, Ländern oder Gemeinden befindet, in Privateigentum zu überführen".** Das widerspricht schnurstracks dem Reichssiedlungsgesetz, dessen § 2 die Länder anweist, Domänen zu Siedlungszwecken zur Verfügung zu stellen. **Diese Bestimmung stand auch schon so in der Siedlungsverordnung der sechs Volksbeauftragten!** Sollen wir das etwa jetzt wieder wegkratzen?

Die durch die Siedlungsgesetze der Republik bedrohten Großguts- und Latifundienbesitzer gründen Schutzbünde und lassen sich's etwas kosten, die Durchführung des Siedlungswerkes auf Schritt und Tritt zu hemmen. Auf der anderen Seite schließen sich die Kleinbauern und sonstigen kleinen Landbewerber — darunter viele Anhänger unserer Partei — zu Vereinen und Verbänden zusammen, um die Durchführung zu erzwingen. Die Sozialdemokratie hat wahrhaftig keinen Grund, den großen Grundherren Vorspanndienste zu leisten. Sie hat vielmehr ihre ganze politische Macht **zugunsten der Kleinen** einzusetzen. Der Entwurf verlangt ja auch unter Punkt 5 die **Forderung der Siedlung.** Die fördert man aber nicht durch Forderungen wie die erwähnten. Dadurch trifft man sie vielmehr in ihrem Herztrieb.

Selbstverständlich muß Vorsorge getroffen werden, daß die neuen Siedlungsstellen und Heimstätten nicht Gegenstand spekulativen Weiterverkaufs werden. Kapitalistische Geschäfte sollen mit dem Grundbesitz nicht gemacht werden. Die nötige Beschränkung des privaten Eigentumsrechts zur Wahrung der Oberhoheitsrechte der Gesamtheit am Grund und Boden ist auch in der Siedlungs- und Heimstättengesetzgebung vorgesehen. (Heimfall und Rückkaufsrechte, Kontrolle ordentlicher Bewirtschaftung usw.) Worauf es ankommt, ist die Sicherstellung des lebenslänglichen **Nutzungseigentums** und das **Recht der Vererbung auf Kinder und nahe Verwandte.** Das muß jedem selbstwirtschaftenden Landbauern zugebilligt werden im eigenen Interesse und — im Interesse der Gesamtheit! Denn ohne dieses starke, gesicherte Eigeninteresse gibt es keine auf lange Sicht eingestellte Heraufarbeitung des Bodens, keine dauernde Höchstanspannung, keine hochintensive Pflanzen- und Tierkultur.

Unter Punkt 4 und 5 wird weiter **„die allmähliche Ueberführung des Großgrundbesitzes in eine genossenschaftliche Betriebsform" verlangt.** Soll damit die künstliche Schaffung von **Landarbeiterproduktivgenossenschaften** gemeint sein? — Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Berlin (1892) ist die ehemals so hoch bewertete Idee der Arbeiter-Produktivgenossenschaft verurteilt und in die Rumpelkammer geworfen worden. Will man sie jetzt etwa wieder für die Landwirtschaft herausholen? Das Ergebnis wäre sicherlich noch weniger ermutigend als die Erfahrungen auf gewerblichem Gebiet. Ich denke, der wirtschaftliche Sozialismus will keine künstliche Wirtschaftsgebilde schaffen, sondern dem fortschrittlich Werdenden Geburtshelferdienste leisten. Wo ist eine naturwüchsige Bewegung auf Gründung von Landarbeiter-Produktivgenossenschaften? Nirgends! Also, reiner Papiersozialismus!

Anders steht es mit dem im Punkt 1 behandelten **landwirtschaftlichen Produzentengenossenschaften.** Das ist der mächtigste Zweig der Genossenschaftsbewegung überhaupt, und die mannifaltigen Organisationen für Kreditbeschaffung, Bezug von Rohstoffen, Verarbeitung und Verkauf von Erzeugnissen sind von größter Bedeutung für rationelle **innerbetriebliche Fortbildung** wie für die **überbetriebliche Organisation** der bäuerlichen Wirtschaft. Auch der Ausbau der **direkten Austauschbeziehungen zwischen landwirtschaftlichen Produzenten- und städtischen Konsumentenorganisationen** ist auf dem Marsche. Der Entwurf verlangt mit Recht eine Förderung dieser genossenschaftlichen Organisationsbewegung zwecks Ausschaltung unnötigen Zwischenhandels und rationeller Organisation der Volksernährung.

Ganz verfehlt aber ist die dabei eingeflochtene Förderung auf **„Bildung von Zwangsgenossenschaften"** für den Verkauf landwirtschaftlicher Produkte. Das würde eine neue Auflage bureaukratischer Zwangswirtschaft übelster Art sein, deren Sabotierung durch die bäuerliche Bevölkerung und Korruption durch allerlei „sachverständige" Zwischenglieder totsicher zu erwarten wäre. Das notwendige Ergänzunsstück der bäuerlichen Zwangs- und Verkaufsgenossenschaften wäre jedenfalls die Zwangsgenossenschaft der **Konsumenten. Man frage die Konsumgenossenschaften, was sie davon halten!** Sie haben sich mit Recht gegen alle Bestrebungen, die freie genossenschaftliche Bewegung zu verstaatlichen, gewandt. Wohin solcher Zwang die Genossenschaftsbewegung führt, hat Rußland gezeigt, wo man jetzt die bureaukratisch festgefahrene Karre wieder frei zu machen sucht.

Bauernpolitik gegen die Bauern — das ist ein ebenso verfehltes undemokratisches und aussichtsloses Beginnen wie Arbeiterpolitik gegen die Arbeiter.

Genug damit, obgleich ich noch manches zu diesem Agrarprogramm zu sagen hätte, namentlich auch über das, was darin stehen sollte und nicht darin steht. Aber da die Neubearbeitung meines Buches über Sozialismus und Landwirtschaft in einigen Wochen die Druckpresse verläßt, so mögen die Parteigenossen, die sich für das Thema besonders interessieren und die es näher angeht, dort das übrige nachlesen.

Es scheint mir überhaupt nicht richtig, daß man eine für die ganze Zukunft der Sozialdemokratie so wichtige Frage, wie die unseres agrarpolitischen Programms, so leichthin und überstürzt erledigt, wie dies beabsichtigt zu sein scheint. Die im vorigen Jahr in Kassel angenommenen Richtlinien genügen vorläufig. Wir sollten uns mit der Durcharbeitung dieses schwierigen Gebietes ruhig noch ein Jahr Zeit lassen, um eine wirkliche hieb- und stichfeste Plattform für unsere Agrarpolitik zu schaffen. Darum wäre es m. E. das beste, den veröffentlichten Agrarprogrammentwurf in Görlitz noch nicht zu erledigen, sondern ihn der weiteren Bearbeitung durch eine Sonderkommission zu überantworten. Zu dieser wären vor allem auch parteigenössische Vertreter aus den Kleinbauern-, Heimstätten- und Kleinsiedlungsverbänden heranzuziehen. Ein Agrarprogramm, das ohne oder gar gegen diese gemacht wird, kann der Partei wenig nützen, wohl aber viel schaden.

Volkswirtschaft.

Lohnkämpfe in Sicht?

Es raunt und munkelt in den Kreisen aller Betriebsräte, daß uns der Herbst große Auseinandersetzungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern bringen wird. Und es wird so kommen. Denn die ganze Lage drängt mit elementarer Gewalt nach einer solchen Lösung hin. Die Sammlung im Lager der Kapitalisten ist restlos vollzogen. Man weiß in jenen Kreisen sehr genau, daß die wirtschaftlichen Kämpfe der Zukunft nicht mehr territorial begrenzt sein werden. Das Schlachtfeld wird sich über die Interessensphären ganzer Industrien erstrecken. Die benachbarten Industrien werden berührt, schließlich mitgerissen, so daß am Ende der Kampf auf der ganzen Linie tobt. In den Köpfen der Arbeiter dämmert das auch leise. Instinktmäßig fühlen sie dort, wo mangelnde Erkenntnis die Einsicht verschließt, daß eine schwere Belastungsprobe unvermeidlich ist. Und dennoch fehlt die allein mögliche Schlußfolgerung: die geschlossene Phalanx trotz aller sonstigen politischen und wirtschaftlichen Gegensätzlichkeit. Auf der einen Seite ist es politischer, auf der andern Seite kultureller Fanatismus, der das Tor verrammelt. Mag der Zustand auch geschichtsphilosophisch als Ausfluß der Entwicklung natürlich erklärt werden können, er muß uns gegenwärtig als furchtbarste Geißel erscheinen.

Müssen wir uns schon abfinden damit, daß die Arbeiterklasse — dazu zählen wir alle, die ihren Unterhalt durch Arbeit erwerben, — zerrissen ist, so ist es doch nicht einerlei, wie bewaffnet die verschiedenen Heerhaufen der festgeschlossenen Front der Unternehmer entgegentreten. Sagen wir es ganz offen: so wie es bisher war, geht es einfach nicht mehr weiter. Wir brauchen besseres, von hervorragenden Kennern entsprechend aufgemachtes Material. Das Wie soll hier nicht zur Erörterung stehen. Nur ein Teil der ungeheuer vielgestaltigen Materie möchten wir kurz herausgreifen, um zu beweisen, daß es äußerste Zeit ist, mit der Wurstelei auf dem Gebiet ein Ende zu machen.

Die Hauptrolle bei den Unterhandlungen spielen natürlich die Kosten der Lebenshaltung. Auf die verschiedenste Art und Weise haben sich die Gewerkschaften, teilweise auf die Zahlen von Calwer gestützt, eigne Statistiken aufgemacht. Es wird anerkannt, daß sich unsre Freunde mit zäher Energie und mit viel Geschick in die schwierigen Fragen hineingebohrt haben. Aber trotz alledem bleiben die von ihnen zusammengetragenen Zahlen das Werk von Laien, und darüber hinaus fehlt, und das ist das wesentliche, die Einheitsfront. Soviel Gewerkschaften, soviel Formen und Methoden, die wirklichen Kosten für den Lebensunterhalt zu ergründen. Das geht natürlich nicht auf die Dauer, schon deshalb nicht, weil wir vermeiden müssen, daß die Zahlen des einen in den Verhandlungen von Unternehmerseite durch die eines andern widerlegt werden. Das ist schon vorgekommen. Wir müssen also, wollen wir etwas erreichen, nach einheitlichen Richtlinien arbeiten und dann das Material so klar und durchsichtig machen, daß es leicht verständlich und unantastbar ist.

Die Basis, auf der wir uns bei der Feststellung der Kosten für die Lebenshaltung bewegen müssen, kann nur das letzte Friedensjahr sein. 1913 waren die Verhältnisse stabil. Wir müssen errechnen, was damals gebraucht wurde, um die Lebensnotwendigkeiten einzudecken, und dann müssen wir auf Grund der gegenwärtigen Preisgestaltung feststellen, was heute an Geldlohn notwendig ist, um das gleiche Quantum an Lebensmitteln usw. zu kaufen. Die zu der Form notwendigen statistischen Erhebungen müssen aber, — das ist unerläßliche Voraussetzung — von einer zentralen Stelle und von volkswirtschaftlich geschulten Männern gemacht werden. Zersplitterung ist immer von Uebel. In einem solchen Fall wäre es besonders groß. Wir wünschen, daß schnell die seitherigen Unterlassungen gut gemacht werden. Sonst werden wir ein Fiasko erleben.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 21. Juli.

Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.

		21. Juli.	20. Juli.
Holland	100 fl.	2437.50	2442.50
Kopenhagen	100 Kr.	1177.50	1185.—
Stockholm	100 Kr.	1597.50	1600.—
Kristiania	100 Kr.	1000.—	1007.50
Helsingfors	100 finn. Mk.	126.50	128.50
Schweiz	100 Frs.	1267.50	1262.50
Wien (alt)	100 K.	—	—
do. (neu)	100 K.	10.50	10.75
Budapest	100 K.	24.62	24.62
Prag	100 K.	100.—	99.50
Spanien	100 Peseta	997.50	990.—
London	1 £	277.25	276.75
Paris	100 Frs.	601.—	602.—
Belgien	100 Frs.	585.—	585.—
Italien	100 Lire	548.—	550.—
N. York telegr. Ausz.	1 Doll.	77.25	77.12
do. briefl. Ausz. od. Scheck		77.12	76.87
Bukarest	100 Lei	105.75	106.—

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angekommen am 21. Juli 1921.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrzeit Tage	Fahrzeit Std.
	S.	Lilly	Samuelson	Gothenburg	2	
D.		Fehmarn	Schwenn	Burg		4½
	S.	Henni	Thiesen	Frederiksund	8	

Angekommen am 22. Juli 1921.

D.		Rußland	Geißelbrecht	Riga	2½	

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

BLUSE und ROCK

BLUSE aus dunkel gemust., halbschwerem Stoff, moderne Machart, mit eckigem Ausschnitt 19.50

BLUSE aus weißem Schleierstoff, mit Fältchen, Hohlsäumen und Handstich gegearbeitet 26.50

BLUSE aus Vollvoile, hell und dunkelgrundig, mit Tupfen u. Streifen, jugendliche Form 29.50

BLUSE aus weiß. Batist, Kimonoform, mit aparter farbiger Stickerei 37.50

BLUSE aus schlichtem weißem Vollvoile, Aermel und Vorderteil mit breiten Durchbruchsäumen 49.50

BLUSE aus weißem Schleierstoff, eleg. gearbeitet, mit langen Aermeln u. großem, plissiertem Fichukragen 59.50

Die sparsame, praktische und kleidsame Tracht für Haus und Reise

ROCK aus praktischem, grau melliertem Stoff, mit schmalem Gürtel und Knopfgarnitur 19.50

ROCK aus dezent kariertem halbschwerem Stoff, flotte Sportform, Gürtel mit Knopfbesatz 39.50

ROCK aus feinem, weißem leinenartigem Stoff, mit weiß. Seidenstepperei, eleganter Schnitt 49.50

ROCK aus reinwollenem, dunkelblauem Cheviot, mit oben eingelegten Falten, flotter Schnitt 69.50

ROCK aus weißem Frottee, Sportfasson, Gürtel mit Laschen, Vorderbahn seitlich mit Knopfbesatz 78.50

ROCK aus reinwollenem Cheviot, marineblau, eleg. Form, seitlich mit ausspringenden Falten 98.00

Reise- und Wetter-Mäntel in moderner Machart aus leichten und halbschweren Stoffen 250.00 195.00 175.00

Holstenhaus

Lübeck

D. T. V.

Vorstandssitzung

am Sonnabend, 23. Juli abends 7 Uhr, im Bureau.

4347) Der Vorstand.

Wegen Familienfeier bleibt mein Lokal am Sonnabend, dem 23. Juli geschlossen. (4335

Hugo Boysen,
Holstenstraße 37.

J. H. Nein
Am Markt 12.
Breite Straße 64.

Beste Bezugsquelle für erstklassige Manufakturwaren • Spezialhaus für Betten, Bettfedern und Daunen • Herren- u. Knaben-Garderoben Arbeiter- und Berufskleidung. 4112

Spez. Verlobungsringe

333, 585, 750, und 900 gest., Silberwaren, Schmucksachen.

Willi Westfehling,
32 Holstenstraße 32
Uhren- und Goldwaren-Reparatur-Werkstatt. (4310

Haltbare Hosenträger
Herrenwäsche
Krawatten 4313
in großer Auswahl.
Kepper-Wäsche
(Kgl. Hofhemdenfabrikant).
Aug. Janensch
Sandstraße 6.

S. P. D.

Betriebsräte, Obleute und Vertrauensmänner!

Versammlung

am Sonntag, dem 24. Juli, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Zutritt nur gegen Vorzeigung des Verbands- und Mitgliedsbuches der Partei.

Der Fraktionsvorstand der S.P.D.-Metallarbeiter.

4346)

Am Sonnabend, dem 23. Juli, findet im

Konzerthaus Lübeck

von der gesamten Kapelle des Beamten-Vereins ehem. Militär-Musiker ein einmaliges

Großes Konzert

unter Leitung des Herrn Dirig. **Rich. Wagner** statt, dessen Gesamt-Ertrag zum Besten des

Ober-Schlesier-Hilfswerks

abgeführt wird. Verbunden damit ist ein

Sommernachts-Ball

Bei ungünstiger Witterung finden die Veranstaltungen in den Sälen statt. (4330

Kassenöffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Deutscher Arbeitersängerbund
Bezirk Lübeck.

Dienstag, der 26. Juli 1921, abends 7½ Uhr, in der **Aula des Johanneums:**

Oeffentlicher Vortrag

von Herrn **Dr. Alfred Guttmann, Berlin.**

Thema: **Die kulturelle Bedeutung des Arbeitergesanges**

mit Erläuterungen am Flügel und Gesang.

Anschließend Aussprache. Bundesmitglieder gegen Vorzeigung der Mitgliedsbücher Eintritt frei. Nichtmitglieder Eintritt 1 Mk. Alle Sänger und Sängerinnen, sangesfreudige Männer u. Frauen sind hiermit eingeladen.

4337) Der Bezirksvorstand.

Hodermann

4354) Morgen Sonnabend:

Großes Extra-Konzert.

Allg. Deutscher Gewerkschaftsbund

Ortsausschuß Schwartau-Rensefeld.

Einladung zum

Gewerkschaftsfest

am Sonntag, dem 24. Juli 1921, auf dem Sportplatz in Schwartau.

Abmarsch um 2 Uhr vom „Hotel Kronprinz" mit mehreren Musikkapellen nach dem Festplatze.

Das Komitee.

NB. Alle umliegenden Gewerkschaften und Vereine sind hiermit freundlichst eingeladen. (4326

Hansa-Theater.

Außergewöhnliche Sonder-Veranstaltung

Morgen Sonnabend, den 23. Juli:

8 Uhr. **Einmaliges Gastspiel** 8 Uhr.

des berühmten russischen

Balalaika-Orchesters.

20 Mitwirkende. 20. Mitwirkende.

Leitung: **Dr. Swerkow**

unter Mitwirkung d. russischen Solotänzerinnen Helene **Sokolskaja** und Olga **Lolina** sowie der weltberühmten **Solotänzer** Michail **Orloff** und Iwan **Orlik.**

Iwan Orlik ist der berühmteste russische Solotänzer und gilt als Meister des russischen Charaktertanzes.

Die russische Konzertgesellschaft befindet sich auf einer Welttournee; die künstlerischen Darbietungen des Orchesters und der Tänzer wurden überall begeistert gefeiert. Die gesamte deutsche Presse ist des Lobes voll. (4340

Vorverk. b. Busse u. Röhrich (Zig.-Gesch.), Holstenhaus, Theaterk. v. 11-1 U. u. ab 5 U. Preise d. Plätze: 3—18 M.

Zentralhallen

Morgen Sonnabend: (4341

Gr. Tanzkränzchen.

Kolosseum

Jeden Mittwoch und Sonnabend Anfang 6 Uhr.

Ball

Heinrich Oese.

4311)

Deutscher

Transportarb.-Verb.

Ortsverwaltung Lübeck.

Versammlung der Automonteure, Mechaniker, Vulkanisteure und Fahrradschlosser

am Sonnabend, dem 23. Juli abends 6½ Uhr im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:

Bericht der Lohnkommission.

4348) Die Ortsverwaltung.

Stadthallen-Lichtspiele.

Vom 22.—28. Juli 1921.

Die Sensation für Lübeck.

2 große Schlager

„Hamlet"

Drama in 1 Vorspiel und 6 Akten.

Nach der von Professor Vining aufgefundenen Hamletsage mit

Asta Nielsen

(als Prinz Hamlet)

Lilli Jacobsen
E. v. Winterstein
Heinz Stieda (4344
Hans Junkermann.

„Mann über Bord"

Drama in 4 Akten mit

Alfred Abel
Erich Kaiser-Titz
Grit Hegesa.

„Der Zauberer."

Lustspiel in 1 Akt.

Aufführungszeiten der Nachmittagsvorst. von 4-7 Uhr, der Abendvorst. von 7-10 Uhr.

Auf unser großes Orchester wird besonders hingewiesen.

Arbeiter-Gesangverein „Frisch auf" Moisling.

Einladung zum

Sommer-Vergnügen

verbunden mit (4320

Gesangsvorträgen u. Ball

am Sonntag, dem 24. Juli im Lokale des Hrn. Siemers in Moisling.

Anfang 4 Uhr.

Sparklub St. Jürgen.

Am Sonnabend, 23. Juli

Grosser

Sommernachtsball

in der Friedrich-Franz-Halle

Anfang 7 Uhr. Ende 2 Uhr.

Hierzu ladet freundl. ein

4351) Das Festkomitee.

Hansa-Theater

8 Uhr Heute Freitag 8 Uhr

Zum unwiderruflich letzten Male: (4339

Mascottchen.

Morgen Sonnabend 8 Uhr 8 Uhr

das berühmte russische

Balalaika-Orchester

unter Mitwirkung russischer Solotänzerinnen und Solotänzer.

8 Uhr Sonntag 8 Uhr

Zum ersten Male:

Wenn Männer schwindeln ...!

Musikalischer Schwank in 3 Akten v. Walter Goetze.

Stadttheater Lübeck.

Anf. 7½, Freitag, 22. Juli: Die Postmeisterin.

Anf. 7½, Sonnabd., 23. Juli: Die Seele schwinget sich.

Sonntag vormittag 11 Uhr: Einführungsfeier der neu engagierten Künstler.

Preise der Plätze: 5.—, 4.— 3.—, 2.— und 1.— Mk.

Anf. 7½ Uhr: Die Postmeisterin. (4328

Beilage zu Nr. 169
28. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Freitag, den 22. Juli 192[illegible]

Freistaat Lübeck.

Freitag, 22. Juli.

Achtung, Metallarbeiter!

Denkt an die Wahl **am Sonntag, dem 24. ds. Mts.**

Keiner darf fehlen!

Wählt die Mehrheitsliste!

Die Liste der S.-P.-D. Die Liste **Dreger.**

Achtung, SPD.-Betriebsräte, Obleute und Vertrauensmänner! Am Sonntag morgen 10 Uhr findet im Gewerkschaftshaus eine Sitzung aller B.-R., B.-O. und Vertrauensmänner statt. Es stehen wichtige Fragen zur Beratung. Pflicht eines jeden B.-R. und Vertrauensmanns ist es daher, in dieser Sitzung zu erscheinen. Das Verbandsbuch, der Ausweis und das Mitgliedsbuch der Partei müssen vorgezeigt werden. Ohne diese hat niemand Zutritt.

Der Fraktionsvorstand der SPD.-Metallarbeiter.

Der Wucherfeldzug gegen das Volk.

Die Anhänger der freien Wirtschaft auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung, in erster Linie also die Schützer der Produzenteninteressen, die Vertreter der Landwirtschaft und des Agrarkapitals, haben auf der ganzen Linie gesiegt. Die letzten Reste der kümmerlichen Zwangswirtschaft sind gefallen, und die Beseitigung der Brotversorgung der Groß-Berliner Bevölkerung mittels des Kartensystems wird bald im ganzen Reiche nachgeahmt werden. Damit hat diejenige Richtung einen entscheidenden Erfolg davongetragen, die ihr System auf dem Reichsernährungsminister Dr. Hermes aufbaute, und alle Versuche, die letzten Reste dieser ohnehin kümmerlichen Zwangswirtschaft im Interesse der breiten Massen des arbeitenden Volkes aufrecht zu erhalten, sind gescheitert. Wieder ist es den Agrariern gelungen, den maßgebenden Körperschaften die Ueberzeugung beizubringen, daß sie der notleidende Teil des deutschen Volkes sind, nicht aber die großen Konsumentenkreise, die diesem neuen Fischzug auf ihre Taschen ohnmächtig gegenüberstehen. Hermes selbst bezeichnete die Einführung der freien Getreidewirtschaft neben der Zwangswirtschaft als einen Uebergang zur völligen Aufhebung jeder staatlichen Regelung unserer Getreidewirtschaft. Die Ankündigung, das markenfreie Brot werde vom 15. August an etwa 12—14 Mark kosten, wird zwar in allen Interessentenkreisen, vornehmlich auf agrarischer Seite also, ein freudiges Schmunzeln hervorrufen, die große Mehrheit der Bevölkerung aber, insbesondere das städtische Proletariat, sieht sich vor eine Situation gestellt, die für seine Lebenshaltung schwerste Bedrohungen enthält und eine noch stärkere Proletarisierung und Verschlechterung der Lebenshaltung befürchten läßt, als sie durch die ständige Verteuerung aller Waren, die Entwertung des Geldes und die Steuerscheu der besitzenden Klassen ohnehin schon eingetreten ist.

Solange wenigstens die kümmerlichen Reste der Zwangsbewirtschaftnug des Brotes in Form der Beibehaltung der Brotkarte aufrecht erhalten bleiben, werden die Unkosten wenigstens nicht ins Ungemessene steigen; sobald es jedoch dem vereinigten Ansturm der agrarischen Interessenten gelungen sein wird, die Brotbewirschaftung gänzlich zu beseitigen, haben wir mit einer Belastung jedes einzelnen Haushaltes zu rechnen, die zu neuen Lohnsteigerungen, zu neuen Krisen und damit auch zu neuen schweren Erschütterungen unserer gesamten Produktion führen muß. Es wird die schwere, aber dankbare Aufgabe der sozialdemokratischen Vertreter sein, mit allen Mitteln für die Beibehaltung des Kartensystems einzutreten, wenn die freie Getreidewirtschaft nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Da auf der anderen Seite die landwirtschaftlichen Kreise mit aller Gewalt die völlig freie Wirtschaft fordern werden, so haben wir für die Zukunft mit parlamentarischen Kämpfen zu rechnen, die an Schwere denen der Vergangenheit in nichts nachstehen. Es handelt sich um elementare Fragen der Bevölkerungspolitik, und hier gilt es, alle Kräfte der konsumierenden Klassen zusammenzufassen, um den unaufhörlichen Raub- und Wuchergelüsten der Agrarier ein kräftiges Bollwerk entgegenzusetzen.

Außerordentliche Beihilfe an langfristig Erwerbslose.

Mit Schreiben vom 10 Juni 1921 hat der Reichsarbeitsminister mitgeteilt, daß der Reichstag im Einvernehmen mit der Reichsregierung eine Entschließung angenommen hat, nach welcher den Gemeinden für Erwerbslose, die mehr als 26 Wochen erwerbslos sind, eine besondere geldliche Beihilfe zu gewähren ist, die es ihnen ermöglicht, die nötigen Anschaffungen an Kleidung und Schuhwerk für sich und ihre Angehörigen vorzunehmen. Als durchschnittlicher Betrag ist die Summe von 600 Mk. vorgesehen, wobei es jedoch den Landesregierungen überlassen ist, nähere Anordnungen über eine etwaige Staffelung nach dem Familienstande und anderen persönlichen oder örtlichen Verschiedenheiten zu treffen. Unter allen Umständen soll stets im Einzelfalle das Bedürfnis geprüft werden. Die außerordentliche Beihilfe darf von Reichs wegen nur insoweit gewährt werden, als die Länder und Gemeinden zusammen den vom Reich zur Verfügung gestellten Betrag aufbringen. Falls die Beihilfen nach den nachstehend angegebenen Richtlinien gewährt werden, dürfte nach Schätzung des Arbeitsamtes ein Betrag von 40 000 Mark erforderlich sein, sodaß Lübeck 20 000 Mark aus eigenen Mitteln dazu beisteuern müßte. Das Arbeitsamt hat empfohlen, den Erwerbslosen, welche am 15. Juli 1921 bereits 26 Wochen Erwerbslosenunterstützung erhalten haben, eine einmalige Beihilfe zu gewähren, und zwar 1. den Unverheirateten eine solche von 200 Mk.; 2. den Verheirateten eine solche von 300 Mk.; 3. für jedes Familienmitglied, für das sie Zusatzunterstützung empfangen, je 50 Mk., jedoch insgesamt nicht über 600 Mk. Da die Beihilfen nach dem Rundschreiben des Reichsarbeitsministers grundsätzlich in Sachleistungen (Bekleidungsgegenständen und Schuhwerk) gewährt werden sollen, werden die genannten Beträge dazu verwendet werden müssen, für jeden Erwerbslosen geeignete Gegenstände anzuschaffen. Bei der Altbekleidungsstelle und in der Warenbeschaffungsstelle des Arbeitsamts sind noch ausreichende Bekleidungsgegenstände, Schuhwerk und Wäschestücke vorhanden, so daß die für langfristig Erwerbslose notwendig werdenden Gegenstände aus diesen Warenbeständen erworben werden können. Der Senat stellt daher zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft: daß dem Arbeitsamt zur Gewährung einer außerordentlichen Beihilfe an langfristig Erwerbslose in der Form von Bekleidungsgegenständen und Schuhwerk ein Betrag von 20 000 Mk. aus Abschnitt XIX Ansatz 1 des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1921 zur Verfügung gestellt werde.

*

Der Versammlung der Bürgerschaft liegen am kommenden Montag nicht weniger als 39 Senatsanträge vor. Die Tagesordnung ist folgende: I. Wahl der sechs bürgerschaftlichen Mitglieder des gemeinsamen Ausschusses zur Durchsicht des Gesetzes vom 11. Mai 1896, betreffend die Regelung der gewerblichen Fischereiverhältnisse in den öffentlichen Gewässern. II. Benennung eines ständigen Ausschusses zur Ausübung des Mitbewilligungsrechts bei Gewährung von Unterstützungen oder zinsfreien Darlehn aus der Beamtenunterstützungskasse, sofern sie bei einmaligen Bewilligungen oder bei wiederholten Bewilligungen innerhalb fünf Jahre die Höhe von 750 Mk. überschreiten. III. Einsetzung je eines besonderen Ausschusses zur Prüfung der Frage des Fortbestehens der Baugewerkschule und der Seemaschinistenschule sowie zur Prüfung der Verhältnisse der Krankenkasse für lübeckische Beamte und der Kranken- und Sterbekasse für die Beamten und Angestellten des Polizeiamtes, der Feuerwehr und des Stadt- und Landamtes. IV. Mitteilungen des Senates. V. Anträge des Senats: 1. Ueberführung der Luisenstraße. 2. Reinigung der für Löschwasserabgabe in Betracht kommenden Wasserentnahmestellen. 3. Lieferung und Aenderung von Regalen im Staatsarchiv und Einrichtung des Kreuzganges des ehemaligen Burgklosters im Gerichtsgebäude für Zwecke des Staatsarchivs. 4. Anweisung der Mittel für die Erwerbung der für die Herstellung einer Fahrwegverbindung von der St. Lorenzbrücke bis an die Wisbystraße erforderlichen Landflächen. 5. Verbesserung der Abortanlagen im Katharineum. 6. Bauliche Verbesserungen im Schulhause Königstraße 97. 7. Erweiterung des Spielschuppens auf der Falkenwiese. 8. Verbesserungen an den Dächern und Oberlichtern des Museums am Dom. 9. Einbau von Wohnungen in vorhandene Gebäude. 10. Anlage von Spielplätzen. 11. Außerordentliche Beihilfe an langfristige Erwerbslose. 12. Bebauungsplan für Rücknitz-Herrenwyk. 13. Verkauf einer Landfläche auf dem Priwall. 14. Herstellung einer Futtermauer hinter den Arbeiterkaten des Hofes Moisling. 15. Erwerb eines Geländes zwischen Linden- und Hansastraße. 16. Neubau eines Arbeiterkatens auf dem Stadtgut Niemark. 17. Verkauf von Landflächen am Elbe-Trave-Kanal. 18. Rückäußerung und wiederholter Antrag auf Verkauf des ehemaligen Meiereigrundstückes in Vorwerk. 19. Befreiung der Fischereifahrzeuge von der Zahlung des Hafengeldes. 20. Aenderung des Wertzuwachssteuergesetzes. 21. Bewilligung von Mitteln in Anlaß der Aufhebung des Rettungshauses auf dem 3. Fischerbuden. 22. Uebernahme der Gehalte für die Angestellten der öffentlichen Lesehalle auf den Staat. 23. Freistellen an deutschen Privatschulen in den abgetrennten Ostgebieten. 24. Mittel für die Empfangnahme und Verteilung der ausländischen Liebesgaben. 25. Nachbewilligung für das Wohlfahrtsamt. 26. Beihilfe für das Arbeiterinnenheim. 27. Nachtrag zu der Vorlage vom 21. April 1920, betreffend Aenderung des Wahlverfahrens für die Gewerbekammer. 28. Weitergewährung der Altersunterstützung an die Witwe des früheren Bureaudieners Ketelhohn. 29. Altersunterstützung an die Witwe des früheren Oberlehrers Dr. Barth. 30. Verstärkung der Mittel für die Strafanstalt Lauerhof. 31. Nachtrag zum Gesetz, betreffend die Beseitigung der Körper verendeter Tiere und die Beseitigung von Tierteilen, sowie Erstattung von Verlusten und Gewährung einer Entschädigung und eines Vorschusses an den Eigentümer der Tierkörperverwertungsanstalt. 32. Vierter Nachtrag zum Fischereigesetz. 33. Instandsetzungsarbeiten in der Markthalle. 34. Anschluß lübeckischer Landgemeinden an das elektrische Hochspannungsnetz des Kreises Herzogtum Lauenburg. 35. Schaffung weiterer Gräber auf dem Ehrenfriedhof. 36. Fahrpreiserhöhung bei der Lübecker Straßenbahn. 37. Zweigleisiger Ausbau zweier Straßenbahnstrecken. 38. Nachbewilligung für die Heilanstalt Strecknitz. 39. Nachbewilligung für die Lübecker Straßenbahn. VI. Vom Bürgerausschuß in der nachstehenden abgeänderten Fassung der Bürgerschaft zur Annahme empfohlener Antrag Dreger: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, in den Haushaltsplan des Jahres 1921 der „Lübecker Volkshochschule" den Betrag von 10 000 Mark für die Ausbildung der Betriebsräte des Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-Bundes im Wirtschaftsgebiet Lübeck mit der Einschränkung, daß die zur Verfügung gestellter Mittel nur im Einvernehmen mit der Betriebsrätezentrale des Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-Bundes verwendet werden dürfen, zur Verfügung zu stellen.

6400 Prozent Jahresdividende. Die Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen in Lübeck teilt uns folgendes mit: Der Geschäftsmann, der infolge der Geldentwertung sein Betriebskapital vergrößern muß, bekommt trotz reellster Geschäftsführung und bester Gewinnaussichten nur schwer Kapital. Aber den Sportkonzernen, deren Unternehmen, mit Rennwetten Geld zu verdienen, doch gewiß nicht als solides Geschäft zu bezeichnen ist, strömen kritiklos Millionen zu. Der Kundige ist ja gewarnt, wenn er nur die stolzen Firmenbezeichnungen hört (Klante-Konzern, Sportbank Köhn-Konzern, Sportverlag Form & Klasse, Bankabteilung, Finanzgeschäft Bült, Weltkonzern Vulkan, Westdeutscher Sportkonzern Uebbing & Co., Zenner-Konzern, Germania-Konzern usw.), die doch nur darauf berechnet sind, Leichtgläubigen Sand in die Augen zu streuen. Denn weder von einem Konzern, der Vereinigung eines maßgebenden Teils von Produktionsstätten eines Industriezweiges, noch von einer Bank, einem mit großen Betriebsmitteln kaufmännisch geführten Unternehmen, das dem Bedürfnis des Verkehrs nach dem Umsatz von Geld oder geldähnlichen Werten (Devisen, Wechseln, Wertpapieren) dient, kann hier die Rede sein. Liest man dann noch, daß sie versprechen, das eingezahlte Kapital trotz der hohen Reklamekosten und des Gewinnanteils des Unternehmens binnen zwei Monaten zu verdoppeln, also in 12 Monaten 64faches Geld zu zahlen, und das für eine empfehlenswerte Kapitalanlage erklären, so müßte man meinen, daß sich im aufgeklärten Deutschland gar nicht so viele fänden, daß der Fang lohnt. Aber das Geschäft geht, dank dem Gewinnhunger, der in allen Kreisen des Volkes herrscht, so glänzend, daß fast täglich ein neues Unternehmen gegründet wird. Was nützt der Hinweis darauf, daß auch der beste Kenner des grünen Rasens nicht imstande ist, mit Sicherheit alle zwei Monate sein Geld am Totalisator zu vervielfachen? Gewiß zahlen die Konzerne zunächst, aber das geht doch nur, solange die Einzahlungen noch dauernd steigen und immer wieder flüssige Mittel bringen. Vielleicht gehen aber doch manchem die Augen auf, wenn er hört, daß

Gobseck.

Erzählung von H. de Balzac.

4. Fortsetzung

Ich wappnete mich mit Gleichgültigkeit gegen meine edlen Freigebigkeitsgedanken und entfernte mich, da ich bereits mehrfach Gelegenheit zu der Beobachtung gehabt hatte, daß die Wohltaten dem Wohltäter zwar nicht sonderlich schädlich sind, dafür aber den Beschenkten zuweilen umbringen können. —

Als Sie ins Zimmer traten, dachte ich gerade daran, daß Jenny Malvaut eines Tages eine gute kleine Frau werden würde; ich stellte ihr reines, einsames Leben dem der Gräfin gegenüber, die, dem Dämon des Wechsels schon verfallen, im Abgrunde der Laster und Untaten versinken muß.

„Was meinen Sie nun?" fragte er nach einer Pause des Stillschweigens, während der ich ihn noch einmal eingehend musterte. „Glauben Sie, daß es nichts bedeutet, wenn man so in die verborgensten Falten des menschlichen Herzens eindringt, wenn man an dem Leben der anderen teilnimmt, es sich zu eigen macht und in seiner Nacktheit vor sich sieht. Das ist ein immerwährend wechselndes Schauspiel: grauenerregende Wunden, todbringende Leiden der Seele, Liebesabenteuer, das Elend, das dem Seinewasser zustrebt, die Freuden und Genüsse des Jünglings, die aufs Schafott führen, das grinsende Lachen der Verzweiflung, der Taumel pomphafter Feste. Heute eine Tragödie: ein braver Familienvater, der sich mit Kohlendunst vergiftet, weil er seine Kinder nicht mehr ernähren kann. Morgen eine Komödie: ein junger Mann will mir mit den Varianten der ihm passenden Nebenumstände die Rolle des mildtätigen Gläubigers aufzwingen. Sie haben von der Beredsamkeit der Volksbeglücker und Lebensprediger der Revolutionszeit wohl gehört. Ich habe oft meine Zeit damit verloren, ihnen zuzuhören; sie haben — wie einmal einer gesagt hat — mich wohl meine Meinung aber nicht meine Handlungsweise ändern machen. All diese braven Priester, Ihr Mirabeau und Vergniaud und wie sie sonst noch heißen mögen, sind lauter Stotterer im Vergleiche zu den Redekünstlern, die zu mir kommen. Ein verliebtes Mädchen — ein alter, ehrlicher Geschäftsmann am Rande des Ruins — eine Mutter, die den Fehltritt ihres Sohnes verbergen will — ein Künstler ohne Brot — ein „Großer", der durch das Abflauen allerhöchster Gunst infolge seines Mangels an Geld der Früchte jahrelanger Mühen verlustig gehen soll — alle diese haben mich oft durch die Gewalt ihrer Worte erschaudern machen.

Diese grandiosen Schauspieler deklamieren für mich allein und ohne mich täuschen zu können. Mein Blick ist wie das Auge Gottes — ich sehe in die Herzen — mir kann nichts verborgen bleiben. Dem, der die Schlinge des Geldsacks auf- und zuzieht, wird nichts auf dieser Welt verweigert. Ich bin reich genug, um das Gewissen derer zu erkaufen, die die Ministerien in Bewegung halten, vom Bureauschreiber an bis hinauf zu ihren Maitressen. Ist das vielleicht keine Macht? Ich kann die schönsten Frauen haben und die zärtlichsten Liebkosungen. Ist das kein Vergnügen? Und machen Macht und Vergnügen nicht die Stufenleiter der ganzen sozialen Ordnung aus?

Wir sind unserer ein Dutzend in Paris, wir sind alle unbekannte, verschwiegene Könige, die Herren und Meister über euer Schicksal. Das Leben ist nur eine Maschine, der das Geld die Schnelligkeit ihrer Rotation anweist. Denn sie müssen wissen — Ursache und Wirkung werden immer durcheinander gemengt werden. Man darf nie dazu gelangen, die Seele von den Sinnen zu trennen, den Geist von der Materie. Das Gold ist die vergeistigte Form der modernen menschlichen Gesellschaft.

Und dann sah er mir voll in die Augen und zeigte mir sein Gesicht, aus dem der Glanz blanken Geldes hervorzuleuchten schien. —

Ich war wie betäubt, als ich in meine Wohnung zurückkehrte. Dieser kleine, unscheinbare Greis war in meinen Augen zu etwas Großem geworden — zu einem phantastischen Wesen, in dem die Macht des Goldes sich personifizierte. Das Leben und die Menschen erfüllen mich mit Schaudern. Ist denn das Geld Lösung und Endziel aller Dinge? Ich vermochte erst spät einzuschlafen. Ich glaubte Klumpen Goldes um mich her zu erblicken. Die schöne Gräfin beschäftigte meine Gedanken. Ich muß zu meiner Schande gestehen — ihre Gestalt stellte das Bild des schlichten, keuschen Wesens, das zur Arbeit und Einsamkeit verdammt war, völlig in Schatten. Am folgenden Morgen aber erschien mir im Nebel meines Halbschlummers Jennys liebliches Antlitz in seiner ganzen Schönheit. Ich dachte nur an sie."

„Wollen Sie vielleicht ein Glas Zuckerwasser, lieber Derville?" unterbrach die Vicomtesse.

„Sehr gern", entgegnete er.

„In alledem, was Sie uns da erzählen, sehe ich nichts, was uns irgendwie berühren könnte", meinte die Gräfin Grandlieu, indem sie die Klingel in Bewegung setzte.

„Abwarten, abwarten!" rief Derville. „Ich werde Fräulein Camille, der ja fast die Augen zufallen, gleich wieder aufwecken, indem ich ihr erkläre, daß es eine Zeit gab, wo ihr Glück von Papa Gobseck abgehangen hat. Da der liebe Menschenfreund bereits im Alter von neunundachtzig Jahren verstorben ist, so wird Graf Restaud sehr bald in den Besitz eines sehr schönen Vermögens gelangen. Diese Tatsache bedarf allerdings noch einiger Erklärung. Was aber Jenny Malvaut anbetrifft — so kennen Sie sie ja. Sie ist meine Frau."

„Der arme junge Restaud," meinte die Vicomtesse, „er ist mit seiner gewohnten Freimütigkeit imstande, diese Tatsache mindestens zwanzig Leuten mitzuteilen."

„Ich würde es laut der ganzen Welt verkünden," entgegnete der Advokat.

„Trinken Sie nur Ihr Zuckerwasser, mein lieber, guter Derville. Sie werden immer das bleiben, was Sie sind — der glücklichste und beste aller Menschen."

„Wir waren doch zuletzt bei einer Gräfin in der Rue du Helder?" meinte der Onkel, indem er sein weißes Haupt, das sich vor Müdigkeit etwas gesenkt hatte, wieder erhob. „Was ist denn aus ihr geworden?"

„Wenige Tage nach der Unterhaltung mit dem alten Holländer, die ich Ihnen soeben geschildert habe, reichte ich meine Dissertation ein," entgegnete Derville. „Ich wurde Licentiat und dann Rechtsanwalt. Das Vertrauen, das mir der alte Geizhals einmal geschenkt hatte, nahm stetig zu. Er konsultierte mich umsonst in den spinösen Angelegenheiten, auf die er sich erst im Besitze sicherer Grundlagen einließ und deren Erfolg jedem Rechtsanwalt zum mindesten fraglich erschienen wäre. Dieser Mann, auf den niemand irgend welchen Einfluß auszuüben imstande war, nahm meine Ratschläge mit einer Art blinden Vertrauens an. Allerdings muß ich hier bemerken, daß er dabei immer recht gut fuhr.

Als ich dann schließlich zum ersten Konzipienten des Bureaus ernannt wurde, in dem ich seit drei Jahren arbeitete, verzog ich aus dem Hause in der Rue des Grais und ließ mich bei meinem Chef nieder, der mir Wohnung, freien Tisch und hundertfünfzig Franken monatlich gab.

Das war ein schöner Tag. Als ich mich von dem Wucherer verabschiedete, zeigte er mir keinerlei Freundschaft noch Zuneigung und forderte mich auch nicht auf, ihn zu besuchen. Nur warf er mir einen jener Blicke zu, die bei ihm gleichsam auf die Gabe des zweiten Gesichts schließen ließen.

Nach ungefähr acht Tagen erhielt ich den Besuch meines früheren Zimmernachbarn; er brachte mir eine ziemlich verwickelte Angelegenheit, eine Enteignung. Er setzte seine Gratiskonsultationen, mit einer Ungezwungenheit fort, als ob er mich dafür bezahlte.

Gegen Ende des zweiten Jahres zwischen 1818 und 1819 war mein Chef — ein Mann, der sehr dem Vergnügen lebte und viel Geld ausgab — plötzlich in eine sehr peinliche Geldverlegenheit geraten; er war gezwungen, seine Praxis zu verkaufen. Wenn auch damals ein solches Bureau nicht den übermäßigen Wert besaß, den sie heutzutage erlangt haben, so gab mein Brotherr doch das seinige nicht unter hundertfünfziatausend Franken her. Ein tätiger, intelligenter und erfahrener Mann konnte, sofern er allgemeines Vertrauen genoß, mit dieser Praxis gut und anständig leben, die Zinsen der Summe bezahlen und sich in zehn Jahren freimachen. Ich, das siebente Kind eines Kleinbürgers aus Noyon, ich besaß keinen roten Heller und kannte in der ganzen Welt keinen anderen Kapitalisten als Papa Gobseck. Ein ehrgeiziger Gedanke und ein unbestimmter Schimmer der Hoffnung gab mir den Mut ein, ihn aufzusuchen.

Das Herz schlug mir zum Zerspringen, als ich an seine Tür pochte. Ich erinnerte mich an alles, was mir der alte Geizhals früher erzählt hatte, in einer Zeit, wo ich noch nichts von der beklemmenden Angst ahnte, die die Menschen auf der Schwelle seines Zimmers befiel. Und nun kam ich wie alle anderen — um ihn zu bitten.

(Fortsetzung folgt.)

gegen W. Bült, einem zwangsweise beurlaubten, völlig mittellosen Bankbeamten, das Betrugsverfahren schwebt, daß sich des Uebbing bereits der Dortmunder Untersuchungsrichter angenommen hat und daß der Leiter des Germania-Konzerns jetzt in Berlin, wo er von den erschwindelten 1½ Millionen flott lebte, verhaftet worden ist.

Die Hitze und ihre Folgen.

Schon seit Wochen ist kein Tropfen Regen gefallen, und hält die geradezu tropische Hitze noch länger an, ist eine Katastrophe unausbleiblich. Wiesen- und Waldbrände sind an der Tagesordnung. Die Böschungen an den Eisenbahnstrecken sind vielfach abgebrannt infolge der großen Hitze. Auf Feld, Wiesen, Koppeln und in Kleingärten sieht es geradezu trostlos aus. Die Koppeln und die Weiden sind total abgegrast.

Die Folge dieser trostlosen Erscheinung äußert sich in einer Anziehung der Preise für die landwirtschaftlichen Produkte, die ohnehin schon eine Höhe erreicht haben, die unerschwinglich für die werktätige Bevölkerung sind. Nebenher vergrößert sich die Arbeitslosigkeit immer mehr. Betriebe werden stillgelegt, oder die Stillegung ist in drohende Nähe gerückt, Entlassungen von vielen Arbeitern finden statt, oder es wird kürzere Arbeitszeit eingeführt. Die Aussichten für den Herbst und noch in höherem Maße für den Winter sind wahrhaftig nicht rosig, und der leidtragende Teil ist die werktätige Bevölkerung, der kleine Mann, der jetzt schon von der Hand in den Mund lebt. Die steigende Arbeitslosigkeit drückt wie ein Alp auf alle diejenigen, die davon betroffen und schon bisher wochen-, ja monatelang mit der geringen Arbeitslosenunterstützung sich durchhungern mußten und nunmehr noch vor solchen trüben Zukunftsaussichten stehen. Dabei faselt man in Unternehmerkreisen noch obendrein ständig von Lohnabbau, an den doch gar nicht zu denken ist.

Für die Arbeiterschaft und alle sonstigen werktätigen Kreise eröffnen sich die traurigsten Perspektiven für die kommenden Wochen und Monate, wenn nicht bald der Himmel Einsehen hat und das sehnlichst erwartete Naß spendet, um nur einigermaßen noch gut zu machen, was die tropische Hitze an Schaden angerichtet hat. Wald- und Moorbrände werden überall gemeldet. So ist im Geesthachter Moor ein Brand ausgebrochen, der größeren Umfang angenommen hat. Da in der Umgebung des Brandherdes Wasser überhaupt nicht vorhanden ist, ist an eine Löschung nicht zu denken. Die Einwohnerschaft hat jetzt Gräben aufgeworfen, um das Feuer einzudämmen. Weiter werden Brände gemeldet aus Kuxhaven, wo in der Altenwalder Tannen ein großer Waldbrand wütet. Wie aus Neumünster berichtet wird, hat ein Brand im Hasenmoor bei Großenasol großen Schaden angerichtet. Alle Bemühungen, dem Feuer Einhalt zu gebieten, sind bis jetzt gescheitert. Vernichtet ist namentlich viel Brennmaterial. — Nach einer Meldung aus Stade entstand ein Wald- und Heidebrand im Forst bei Franzenburg in der Nähe von Altenwalde, der schnell um sich griff. Nach stundenlanger, gefährlicher Arbeit gelang es, das Feuer zu löschen. Leider ist auch viel Roggen mitverbrannt. Im Kibitzmoor wollte der 13jährige Sohn eines Bahnarbeiters ein Wespennest ausräuchern. Der Wind trieb die Flammen auseinander, diese sprangen auf die Heide und dann auf einen Schuppen über und äscherten ihn in kurzer Zeit ein. — Im Ribnitzer Forst bei Klein-Müritz in Mecklenburg und im Darzer Walde bei Bretow wüten seit Sonntag große Brände. Wenn nicht bald ausgiebiger Regen eintritt, werden Millionenwerte vernichtet.

*

Lübecker Lehrerverein. In einer stark besuchten Versammlung des Lübecker Lehrervereins wurde nach dem Schlußbericht über die Besoldungsangelegenheit folgende Entschließung einstimmig angenommen. Der Lübecker Lehrerverein erhebt aus nachstehenden Gründen schärfsten Einspruch gegen die Einteilung der Lübecker Lehrer, Bezirksschullehrer und Lehrerinnen in die Gruppen 7, 8 und 9. 1. Die Einstufung in 7, 8, 9 **entspricht nicht dem letzten Vorschlage der Oberschulbehörde,** der für die Lehrer usw. 8, 9, 10 vorsieht. Hiermit scheint der Grundsatz, daß die Einreihung der Beamten nach dem Vorschlage der Behörde und im Einvernehmen mit ihr, geschehen ist, wie es in der Begründung zur Besoldungsordnung heißt, bei den Lehrern zuletzt nicht mehr in Anwendung gekommen zu sein. 2. Die Einstufung in 7, 8, 9 **stellt die Lübecker Lehrer schlechter als die übrigen hanseatischen Lehrer,** die in 8, 9 und 10 eingeordnet sind. Damit werden die hiesigen Lehrer, die den Hamburgern und Bremern in der Ausbildung völlig gleichstehen, als minderwertig gekennzeichnet; auch kommt zum Ausdruck, daß Lübeck für seine Lehrer weniger übrig hat als die beiden anderen Hansestädte. 3. Die Einstufung in 7, 8, 9 **bringt nur die preußischen Sätze.** Die Ausbildung der Lübecker Lehrer **geht aber hinsichtlich der 1. wie der 2. Prüfung um je ein Jahr über die der preußischen Lehrer hinaus,** sodaß weder der besseren Ausbildung, die den hiesigen Lehrern eine Mehraufwendung an Kosten, Arbeit und Zeit auferlegt, noch der sich daraus ergebenden höheren Leistungsfähigkeit Rechnung getragen ist. 4. **Einige Gruppen seminarisch gebildeter Lehrer sind hier höher eingestuft als in Preußen.** Da damit grundsätzlich anerkannt wird, daß die Lübecker Lehrer höher zu bewerten sind als die preußischen, mußten auch die übrigen hiesigen Lehrer aus Gründen der Gerechtigkeit erwarten, daß für sie der gleiche Maßstab in Anwendung kommen würde. 5. **Auch die Oberlehrer (Studienräte) sind hier höher eingereiht als in Preußen,** um Lübeck erstklassige Kräfte zu sichern. Die hiesigen Lehrer dagegen, obgleich sie zu den bestausgebildeten Deutschlands gehören, erhalten nur Gehaltssätze in der Höhe der preußischen. Da nun ihre berufliche Tätigkeit nach Bedeutung und Schwierigkeit in keiner Weise hinter der der Oberlehrer zurücksteht, müssen sie in der ungleichen Bewertung eine Geringschätzung der Bildungsarbeit an den Kindern des Volkes und damit der Volksbildung überhaupt erblicken. — Der Lehrerverein bedauert aufs tiefste, daß durch die Einstufung in 7, 8, 9 auch diesmal die hiesigen Lehrer wieder nicht die Bewertung erhalten haben, die ihnen nach ihrer Ausbildung und Arbeit gebührt, während sie allen übrigen hanseatischen Lehrern durch Einreihung in 8, 9 und 10 zuteil geworden ist. Die Lübecker Lehrer sehen sich daher leider gezwungen, auch weiterhin ihre besten Kräfte im Kampf um eine gerechte Besoldung zu verbrauchen, anstatt, wie es ihr sehnlichster Wunsch ist, sich restlos den Aufgaben der Schule widmen zu können.

Ein neues Verfahren für die Haltbarkeit der Milch hat die Lübecker Gemeinnützige Milchversorgung in ihrer Meierei in Neustadt i. H. eingeführt. Ueber diese neue Behandlungsmethode hielt am Donnerstag der Milchchemiker Dr. Meurer aus Oldenburg vor gelandenen Gästen einen Experimentalvortrag. Der Redner schilderte an der Hand von mannigfachen Versuchen und Versuchsmaterial in historischer Reihenfolge die verschiedenen Methoden der Milcherhitzung zum Zweck der Erzeugung einer einwandfreien Behandlung der Rohmilch. Unsere alten Verfahren der Milcherhitzung verändern in den gewöhnlichen Pasteuren die Milch in ihrer chemisch-physiologischen Eigenschaft vollständig. Durch diese Behandlungsweise nimmt die Milch Kochgeschmack an, zeigt keine Aufrahmung, das Eiweiß wird in schwerverdaulicher Form überführt und die wichtigsten in der Milch enthaltenen Schutzstoffe vernichtet. Durch nachträgliche Verunreinigung, die die Milch beim Verlauf ihrer weiteren Verarbeitung wieder aufnimmt, wird die Haltbarkeit der Milch sehr gering. Ein besseres Milchaufbereitungsverfahren ist die Dauer-Pasteurisation, hierbei wird die Milch weniger beeinflußt, doch ist ihre Haltbarkeit auch nicht von großer Dauer, auch mehr der Verfälschung unterworfen, da sie wie bei dem vorher geschilderten Weg über die Vor- und Eiskühler durch Pumpen in Vorratsbehälter in nicht sterile Gefäße ihren Weg nehmen muß. Zum Schluß wurde vom Vortragenden das neueste, wissenschaftlich anerkante und nachgeprüfte sogenannte Degerma-Verfahren behandelt. Hierbei wird die Milch sofort vor der Erwärmung in die Metallflaschen gefüllt, diese werden durch eine sinnreiche Vorrichtung auf einfache Weise durch ein strömendes Heißwasserbad mit überall gleicher Temperatur geführt, nachdem passieren sie das Kühlbad und die Milch ist zum Versand fertig. Also die Milch wird nur einmal durch die Füllmaschine in die Flasche gefüllt, sie bleibt von Anfang bis zu Ende der Behandlung in diesem Gefäß und kommt so zum Verbraucher. Der lange Weg, den die Milch nach der Erwärmung bei den anderen Verfahren nehmen muß und auf dem sie hierbei sehr starken Verunreinigungen — je nach dem Reinlichkeitsgrad der Molkerei — ausgesetzt ist, ist hier bei diesem Verfahren vollständig beseitigt. All dies wurde an Hand von Versuchen und Zeichnungen beweiskräftig erläutert. In kurzem zusammengefaßt hat das neue Degerma-Verfahren und damit die Degermamilch den Vorteil, daß sie sich von der Rohmilch in ihren guten Eigenschaften nicht unterscheidet, keinen Kochgeruch, keinen Kochgeschmack angenommen hat, Aufrahmfähigkeit zeigt, die Eiweißstoffe in leicht verdaulicher Form und die wichtigsten Schutzstoffe behalten hat. Die Schäden der Rohmilch sind vermieden. Die Degermamilch ist frei von gesundheitsschädlichen Keimen und von wesentlich erhöhter Haltbarkeit. Von dem guten Geschmack und der tadellosen Beschaffenheit der Degermamilch haben wir uns selbst überzeugt. Die uns zur Probe zugesandte Milch war bereits 3 Tage alt und so frisch wie die beste Morgenmilch. Es muß ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß die Milch nicht gekocht, sondern nur erwärmt werden darf.

Propaganda-Fliegen in Travemünde. Wie uns mitgeteilt wird, soll am 2. und 3. August in Travemünde auf dem Priwall ein Propaganda-Fliegen veranstaltet werden, um das Allgemein-Interesse an dem Luftverkehr zu heben, das unter den neuen Verkehrsmitteln nicht zu missen ist. Die Vorführungen dienen auch dem Zwecke, zu beweisen, daß dieser Verkehr ebenso sicher und gefahrlos ist, wie die übrigen Verkehrsmittel. Die deutsche Flugzeugindustrie hatte bei ihren Konstruktionen das Moment vielfacher Sicherheit durchgeführt, so daß sie auch in dieser Beziehung zweifellos an erster Stelle stand. Gleichzeitig werden bei dem Propagandafliegen Schauflüge vorgeführt, voraussichtlich mit Luftrennen, Loopings und dergleichen verbunden, sowie **Interessenten-Rundflüge über die Lübecker Bucht und das Stadtbild von Lübeck ermöglicht.** Außerdem werden täglich vormittags und nachmittags Fallschirm-Absprünge praktisch vorgeführt, um auch zu zeigen, das jetzt selbst bei schwersten Luftdefekten am Flugzeug gefahrlose Landung der Passagiere durchzuführen ist. Leutnant a. D. Triebner wird das Zusammenlegen und Anbringen des Fallschirms vor den Augen des Publikums erklären und vorführen und die Absprünge aus dem fliegenden Flugzeug persönlich ausführen. Zwischen den Eintrittskarten, über deren Verkauf ebenso wie über Beginn der Flüge Näheres in den Tageszeitungen und Anschlägen später bekannt gegeben wird, befinden sich eine große Anzahl von Freiflugkarten, die sofort zu einem kostenlosen Mitflug berechtigen. Der Erlös dient zur Deckung der außerordentlichen Unkosten, da es sich um kein kapitalistisches Unternehmen handelt.

Nordische Woche. Plätze im Stadttheater für die Vorstellungen der „Nordischen Woche" können an der Theaterkasse zu den üblichen Kassenstunden gelöst werden. Abonnements müssen jedoch vorher in der Theaterkanzlei (Eingang Fischergrube) angemeldet werden. Nähere Angaben über die Veranstaltungen erfolgen demnächst durch Anschlag an den Plakat-Säulen.

Stadttheater. Am Sonnabend wird der bei der Erstaufführung mit großem Beifall aufgenommene spiritistische Schwank „Die Seele schwinget sich" wiederholt. Am Sonntag vormittag findet eine Einführungsfeier statt. Es sind für die Oper eine ganze Reihe von neuen Mitgliedern verpflichtet worden, die sich am Sonntag vormittag vorstellen werden.

Hansa-Theater. Großrussisches Gastspiel. Wie aus dem heutigen Inseratenteil ersichtlich, findet morgen, Sonnabend, im Hansa-Theater abends 8 Uhr ein einmaliges Gastspiel des Großrussischen Balalaika-Orchesters unter Mitwirkung der weltberühmten Solotänzer Iwan Orlik und Michail Orloff sowie der Solotänzerinnen Helene Sokolskaja und Olga Solina statt. Das äußerst interessante Programm besteht aus Kompositionen von Tschaikowsky, Nassonoff, Andresew, Glinka, Gretschaninoff, Schubert, sowie aus einer Reihe russischer National- und Charaktertänze. Auf die hervorragenden Darbietungen der Konzertgesellschaft ist schon wiederholt hingewiesen worden und darf man heute wohl jedem anempfehlen, sich rechtzeitig in den Besitz einer Eintrittskarte zu bringen. Der Vorverkauf findet in den Zigarrengeschäften von Buse und Röhrich, Holstenhaus sowie an der Theaterkasse von 11—1 Uhr und ab 5 Uhr statt.

pb. **Diebstähle.** Am 20. ds. Mts ist aus einem Hause der Fleischhauerstraße eine silberne Damenuhr mit silberner Kette abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. In der Uhr ist die Reparaturnummer 884 und 18 eingraviert. — Aus einer Wirtschaft der Großen Burgstraße sind 20 Grammophonplatten gestohlen worden. — Von einem Hausflur An der Untertrave ist ein Fahrrad gestohlen worden.

Badeanstalt Falkendamm. Wasserwärme am 22. Juli morgens 6 Uhr 20°; mittags 12 Uhr 20° Celsius.

*

Rückeitz. Ein Automobilunglück ereignete sich am Montag auf der Travemünder Chaussee. Ein von Travemünde kommendes Automobil fuhr beim Roendorfer Berg gegen einen Baum, wobei das Automobil vollkommen zerstört wurde. Der Chauffeur wurde in schwer verletztem Zustande in seine elterliche Wohnung in der Moislinger Allee geschafft während die Fahrgäste, ein Herr, zwei Damen und 1 Kind in das Marienkrankenhaus in Lübeck befördert werden mußten. Der Herr erlitt eine Kopfverletzung, während die eine Dame einen Armbruch davontrug. Wie es heißt, soll die Steuerung versagt haben.

Angrenzende Gebiete.

Schwartau-Rensefeld. Am Sonntag, dem 24. Juli, feiert die Arbeiterschaft von Schwartau-Rensefeld und Umgegend wieder ihr Gewerkschaftsfest. Es ist Pflicht eines jeden Arbeiters, und jeder

---

Ueber soziale Bekämpfung des Alkoholmißbrauches.

Schon recht oft ist die Frage aufgeworfen worden, ob es möglich sein könnte, auf dem Wege der sogenannten Mäßigkeit und der Bekämpfung dessen, was man im Volke unter Mißbrauch versteht, die Alkoholgefahr zu bekämpfen. Wenn diese Frage zu bejahen sein würde, dann wäre die Alkoholgefahr längst erledigt, denn diese Bemühungen liegen Jahrhunderte zurück und sind durch Jahrhunderte ohne Erfolg geblieben, weil sie nicht an die Wurzel des Uebels gelangen. Diese Wurzel liegt in der Natur der alkoholischen Getränke, in der Tatsache, daß das in ihnen Wirksame, der Alkohol, ein berauschendes Gift ist. Manche Menschen vertragen anscheinend gewisse Mengen dieses Giftes ohne Nachteil. Dieses Vertragenkönnen des Alkohols wird leider für viele Menschen insofern ein Verhängnis, als sie erst zu spät gewahr werden, daß sie ihn eigentlich nicht vertragen konnten. Wenn ein durch den Trunk geschädigter Mensch die Wirkung des Alkohols an sich unverkennbar spürt, dann ist er leider meistens schon so weit in seinem Bann, daß an ein Zurück oft nicht mehr zu denken ist.

Eine gewohnheitsmäßige, immer wiederkehrende Behauptung ist es geworden, daß alle Völker ein Bedürfnis nach Reiz- und Rauschmitteln haben. Wenn diese Behauptung auch nur scheinbar der Wahrheit entspricht, so ist sie doch dazu angetan, Trunksüchtigen Entschuldigungsgründe für deren Tun in die Hand zu geben. Wenn auf dieser Kulturstufe stehende Völker keinen andern Weg haben, um aus dem Einerlei des Tageslaufes herauszukommen, und wenn in früheren Jahrhunderten auch unsere Vorfahren dementsprechend lebten, so kann eine solche Behauptung auf Kulturvölker, die die Möglichkeit haben, durch Naturgenuß, Wandern, Spiel, Sport und besonders auch in dem reichen literarischen und künstlerischen Schatze unserer Zeit Ablenkung zu suchen, nicht mehr zutreffen. Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß in andern Ländern, zum Beispiel den skandinavischen und in Amerika, ein seit Jahrzehnten wachsender Teil des Volkes unter freiwilligen Verzicht auf den Alkoholgenuß, nicht aus Not und Zwang, sondern aus besserer Erkenntnis heraus, sein Leben in höheren Formen gestaltet, und wenn wir ferner sehen, daß auch bei uns schon ein recht erheblicher Teil unserer Jugend in bezug auf seine Lebensgewohnheiten völlig andere Wege einschlägt, so muß sich uns die Ueberzeugung aufdrängen, daß dieses heute offenbar von vielen empfundene Bedürfnis nach Rauschmitteln nicht in unserer Natur begründet, sondern durch jahrhundertlange Gewohnheit uns anerzogen worden ist. Es bedarf also nur einer entsprechenden Umformung unserer Anschauung und Lebensgewohnheiten, um dieses anscheinende Bedürfnis wieder zum Verschwinden zu bringen.

Wer nun die Summe der mit diesen alkoholischen Lebensgewohnheiten verbundenen Gefahren für unser Volksleben voll erkennt, der kann nur den Wunsch haben, diese Umformung der Lebensgewohnheiten zu unterstützen. Wenn man von diesem Gesichtspunkte zum Beispiel die Erfolge der Enthaltsamkeitsbewegung prüft, so muß man anerkennen, daß diese nicht nur schon heute in Anbetracht der Schwierigkeiten recht große Teile unseres Volkes zur völligen Ausschaltung des Alkohols veranlaßte, sondern daß sie auch besonders dadurch, daß sie in nachdrücklicher Form die Erkenntnis der Gefahr betonte, die überhaupt zur Mäßigkeit neigenden Elemente unseres Volkes zu wirklicher Mäßigung erzogen hat.

Es besteht leider noch immer die allgemeine Ansicht, daß an der Trunksucht erkrankte Menschen unbedingt minderwertiger Natur sein müßten, und daß man sie deshalb gewissermaßen ihrem Schicksal überlassen dürfe, weil die Natur auf diesem Wege die minderwertigen Elemente ausschaltet. In tausenden von Fällen hat es sich gezeigt, daß dem Trunke verfallene Menschen durchaus normal waren, wenn sie nur den Alkoholgenuß aufgaben. Ferner steht fest, daß durchaus normale Menschen durch Alkoholgenuß, ohne daß irgend eine Minderwertigkeit nachweisbar war, ihre Gesundheit in dem Maße zerstörten, daß sie schließlich der Trunksucht verfielen. Man darf dabei nicht vergessen, daß die trinkende Gesellschaft dem einzelnen durchaus nicht immer gestattet, nun gerade so viel zu trinken, wie er für gut befindet, sondern daß auch heute noch in einer Gesellschaft, in der überhaupt getrunken wird, auf alle Teilnehmer ein gewisser Druck ausgeübt wird. Muß man schon die allgemeine Auffassung, daß es richtig wäre, Trunksüchtige sich selbst zu überlassen, vom sozialen Gesichtspunkte durchaus verwerflich finden, so ist es noch viel weniger einzusehen, daß Rauschgifte ein Mittel der Natur darstellen sollen, minderwertige Elemente auszuschalten. Auch schwer durch den Trunk Gefährdete vermag man wieder zu nützlichen Gliedern der menschlichen Gesellschaft zu machen. Mit der Durchführung dieser, aus reiner Menschenliebe zu erhebenden Forderung muß die wachsende Einsicht aller Bevölkerungsschichten, in welche Gefahr das deutsche Volk durch die wieder zunehmende Alkoholproduktion gelangt, Schritt für Schritt gehen. Es kann einem Volke, das den Schandvertrag von Versailles unterschrieb, niemals dienlich sein, 20 Milliarden Papiermark für Genußmittel, deren Notwendigkeit stark anzuzweifeln ist, zu opfern. Die Fragen: Was ist mäßiger Alkoholgenuß? Wer ist mäßig? Wo beginnt die Unmäßigkeit? Wann beginnen und welches sind bei den einzelnen Individuen die Zeichen der Trunksucht? hat eben bis heute noch niemand beantworten können. Es ist für den dem Trunk Verfallenen geradezu charakteristisch, daß er sich auch dann noch zu den Mäßigen rechnet, wenn seine Umgebung es längst nicht mehr tut. Also der Weg, durch Mäßigkeit einem Trunksüchtigen zu helfen, ist sehr problematisch.

Der Grundsatz unserer modernen medizinischen Wissenschaft, daß es leichter ist, Krankheiten zu verhüten, als zu heilen, muß auch an Trunksucht Erkrankten gegenüber maßgebend werden. Es gibt kein einfacheres Mittel gegenüber all der Unsumme von Elend, die das Trinken über unser Volk heraufbeschwört, als die Enthaltsamkeit. Der Kampf der Enthaltsamen richtet sich durchaus nicht in dem Maße, wie es immer dargestellt wird, gegen die Auswüchse des Alkoholismus, gegen die der Trunksucht Verfallenen, nein, er richtet sich vielmehr gegen all das, was auf dem Wege vom ersten Glase bis zur Trunksucht liegt und was die Gesamthaltung und das Wohlbefinden unseres Volkes in seiner Gesamtheit viel mehr beeinträchtigt, als die ausgesprochenen Formen der Trunksucht.

Die unmittelbare Folge der Bekämpfung des Alkoholismus würde eine Verfeinerung der Lebensformen des deutschen Volkes sein. Diese durch die nachkriegszeitliche Verflachung sehr behinderte Verfeinerung wird nie zu erreichen sein, solange dieser der Alkoholismus als größtes Hindernis gegenübersteht. Bei dieser Verfeinerung der Lebensformen darf man allerdings nicht allein an den äußeren Schliff denken, der schließlich auch dem ärgsten Gesinnungsplebejer beigebracht werden kann, sondern es muß an eine wirklich innere Verfeinerung der Gesinnung und des Geisteslebens gedacht werden, die dann schon von selbst in anderen Lebensformen sich geltend machen wird. Eine solche ist unter der Herrschaft des Alkoholimus, unserer heutigen Trinksitten und der von ihnen durchdrungenen Geselligkeitsformen undenkbar. Diese Herrschaft zu brechen, ist nur die Enthaltsamkeit imstande.

Otto Lütgens.

Vater spricht:

„Nee, Olleken, heute kriechste mir nich raus aus de Bude. Ick bleibe zu Hause, vastehste? Denn wozu? Soll ick mir valeicht in die Hühneroogen treten lassen? Soll ick in de Affenkasten der Stadtbahn stehn, dat mir der Schwitz aus de Stiebeln rausläuft? Du machst so'n gnietsches Jesicht, Olle .... Also is jut, ich überlej et mir jrade, wir könn ja auch jehn. Aber det sare ick dir, det de mir widder keene Kaleika machst, wenn ick per Zufall an so'n hibschet Frauenzimmer jedrängelt werde, so janz dicht an ihren ....., na, ick will nischt weiter saren als det eene: ick bin ooch bloß man 'n Mensch un noch in de besten Jahre, wo ma für weibliche Reize en Ooge hat .... is ja jut ... is jut, ick wußt et ja, wir bleiben. Du bist 'n vaständijes Weib, nich? Siehste, laß doch de Jugend raus nach'n Wannsee un nach Friershagen. Laß je doch tanzen, immerzu, wenn' ihn'n bei de Hitze Spaß macht. Warum denn nicht? Ick aber jeh jetzt zu Justavn rum und hole mir 'n paar Pülleken, von't neie Zwölfprozentije. Un jejen Abend, wenn't 'n bißken frischer wird, jehn wir zu Alexn seine Labe ..... Kiek mal, da komm'n schon janz dicke Wolken ruff. Paß uff, ick behalte recht, wenn ick sare: Bei de Hitze bleib ick zu Hause.

(Vorwärts.)

Arbeiterin, sich mit ihren Kindern an dem Demonstrationszug zu beteiligen. Von mittags 1 Uhr an verkehrt die Elektrische alle 10 Minuten.

Hamburg. Dampferrückkauf. Die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft hat den von Blohm & Voß 1914 vom Stapel gelassenen 26 000 Tonnen großen Passagierdampfer „Cap Polonio", ihr schnellstes und bestes Schiff, von der englischen Regierung zurückgekauft, und zwar für 8 Millionen Goldmark. Der Dampfer, der zunächst das größte und schnellste Schiff der deutschen Handelsflotte sein wird, soll für Oelfeuerung umgebaut und dann wieder in den Passagierdienst (Kajütdampfer) nach Südamerika eingestellt werden.

Hamburg. Tragt die Farben der Republik! Hier findet am 30. Juli eine Kundgebung aller Königtumstreuen und Wilhelmstollen statt. Es wird auf der Alster eine große „Flaggenparade in Schwarz-weiß-rot" stattfinden, und allenthalben ist das Hamburger königstreue Bürgertum eingeladen worden, an diesem Tage die Häuser mit Schwarz-weiß-rot zu behängen. Es ist eine freche Herausforderung aller Hakenkreuzler, Schieber und Lebejünglinge an die hamburgische Arbeiterschaft, die es nicht unterlassen wird, in geeigneter Weise Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Kiel. Sie wollen nicht abliefern. Der Vorstand der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein sandte an die zuständigen Stellen in Berlin folgendes Telegramm: Heute versammelter Vorstand der Landwirtschaftskammer ist davon überzeugt, daß die Getreideumlage angesichts der schlechten Ernteaussichten infolge der furchtbaren Dürre im vollen Umfange nicht erfüllt werden kann. Eine Abwälzung innerhalb der Provinz kann angesichts des schlechten Standes in den meisten Kreisen der Provinz nicht in Frage kommen. Deshalb macht die Landwirtschaftskammer schon heute darauf aufmerksam, daß eine endgültige Niederschlagung (§ 18 des Gesetzes) durch den Regierungspräsidenten in weitem Umfange notwendig werden wird. — Die Reichsgetreidestelle möge sofort zwecks Besichtigung des schlechten Standes der Früchte in Schleswig-Holstein ihre Vertreter hierher entsenden.

Kiel. Mord und Selbstmord. Eine Bluttat hat am Mittwochabend zwei Menschenleben gefordert. Der Arbeiter Paul Schwenn brachte angeblich aus Eifersucht der unverheirateten Amanda Heesch Schüsse in Brust und Kopf bei und erschoß sich dann selbst. Die tödlich verwundete Heesch, die im Alter von 37 Jahren stand, wurde der Chirurgischen Klinik zugeführt und ist dort in der Nacht gestorben. Schwenn war im Jahre 1877 geboren, verheiratet und Vater von drei Kindern.

Schwerin. Ermäßigung der Kinosteuer. In der Stadtverordnetenversammlung wurde ein Beschluß des Rates, die Kinosteuer nicht zu ermäßigen, einstimmig abgelehnt, dagegen der Antrag des Genossen Moltmann, auf die erhöhten Steuersätze 50 Prozent (d. i. eine Ermäßigung der Gesamtsteuer um 25 Prozent) für die Sommermonate zu erlassen, angenommen unter der Bedingung, daß die Kinos innerhalb acht Tage wieder geöffnet werden.

Rostock. Alldeutsche Provokateure. T.-U. meldet: Zu einem Zwischenfall kam es gestern abend in der Turnhalle, wo Professor Stahlberg (Berlin) über die deutsche Flagge und die deutschen Farben sprach. Nach dem Vortrag entfalteten die Kommunisten nach einer Rede ihres Genossen Jungbluth die Rote Fahne und griffen die Studenten an, von denen mehrere verletzt wurden.

Wittenberg. Hamstergeld flog zum Schornstein hinaus. Früher sagte man über Strumpfsparer, sie seien dumme Menschen, weil sie ihr Geld nicht zinstragend anlegten. Heute kann man dies nicht mehr sagen, denn es gibt Leute, die den Staat nicht wissen lassen dürfen, wie viel Geld sie besitzen, um nicht Steuern dafür zahlen zu müssen. Wie es diesen Hamsterern ergehen kann, zeigt ein Vorfall in einem benachbarten Dorfe. Dort hatte ein Einwohner ein Ofenloch als Sparkasse eingerichtet und darin mehrere tausend Mark aufgespeichert. Das Feuerloch hatte der gute Mann dann mit Papier vollgestopft. Die zu Besuch weilende Nichte wurde dem Hamstergeld zum Verhängnis. Die gute Nichte machte sich in Abwesenheit des Besitzers nützlich, beschäftigte sich mit der „gründlichen" Reinigung des Ofens und zündete das Papier an, so daß die dahinter aufgestapelten Papiergeldscheine zum Schornstein hinausflogen. — Bei dem Brande in Holtorf sind vor 14 Tagen über 50 000 Mk. Papiergeld verbrannt, die die Herren Landwirte dem Zugriff der Steuerbehörde versteckt hatten.

Das Altrentnergesetz.

Von Richard Meyer-Zwickau, M. d. R.

Der Reichstag hat noch kurz vor den Ferien den Entwurf eines Gesetzes über die **Versorgung der vor dem 1. August 1914 aus der Wehrmacht ausgeschiedenen Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen** (das Altrentnergesetz) ohne Debatte verabschiedet, nachdem im sozialpolitischen Ausschuß der Entwurf auf Antrag der Sozialdemokraten einige wesentliche Verbesserungen erfahren hatte.

Obwohl die Versorgung der dienstbeschädigten Militärpersonen schon im Frieden eine völlig unzureichende war, wurde erklärlicherweise als dringlichste Aufgabe der Versorgungsgesetzgebung nach dem Weltkrieg zunächst die Versorgung der Kriegsteilnehmer und ihrer Hinterbliebenen durch das Reichsversorgungsgesetz vom 12. Mai 1920 neu geregelt. Die in der Friedenszeit dienstbeschädigten Personen und die Kriegsteilnehmer früherer Kriege, die nach den Versorgungsgesetzen von 1906 und 1907, dem Militärpensionsgesetz vom 27. Juni 1865 entschädigt wurden, blieben zunächst unberücksichtigt. Es wurde im Verwaltungswege durch Zuschläge zu den Renten eine gewisse Besserung versucht, die freiwillig ganz unzureichend sein mußte. Nachdem durch das Pensionsergänzungsgesetz die Gleichstellung der alten und neuen Pensionen erfolgt ist, entsprach es der Billigkeit, diese Gleichstellung auch bei den Altrentnern herbeizuführen, wie die Sozialdemokratische Fraktion seit längerer Zeit es gefordert hat.

Das Altrentnergesetz bestimmt, daß für die früheren Angehörigen der deutschen Wehrmacht und ihre Hinterbliebenen, soweit ihnen Versorgungsgebührnisse nur infolge einer vor dem 1. August 1914 beendeten Dienstzeit zuerkannt sind oder nach den vor dem Reichsversorgungsgesetz vom 12. Mai 1920 erlassenen Militärversorgungsgesetzen noch zuerkannt werden können, im wesentlichsten das Reichsversorgungsgesetz gilt. § 1 des Gesetzes stellt die wohlerworbenen Rechte der Altrentner sicher: „Der Versorgungsberechtigte wird jedoch nach den bisherigen für ihn geltenden Gesetzen versorgt, wenn er dies innerhalb eines Monats nach Zustellung des Bescheides über die Neufestsetzung der Versorgungsgebührnisse beantragt." Diese Bestimmung überläßt die Entscheidung dem einzelnen Versorgungsberechtigten; dieser kann innerhalb eines Monats sich entscheiden, ob er die Versorgung nach dem Reichsversorgungsgesetz oder nach den bisherigen Bestimmungen haben will. Bei der Zustellung der Bescheide erfolgt eine entsprechende Rechtsbelehrung des einzelnen Bezugsberechtigten. Seitens der Regierung ist die Erklärung abgegeben worden, **daß im allgemeinen bei dauernd anerkannten Geschädigten eine Nachprüfung nicht erfolgen werde,** besonders nicht bei Personen, die über 50 Jahre sind. In begründeten Einzelfällen ist den Verwaltungsbehörden das Recht der Nachprüfung vorbehalten.

Ein besonderer Fortschritt liegt darin, daß den Altrentnern Heilbehandlung, Krankengeld und Hausgeld nach den Vorschriften der §§ 4 bis 20 des RVG. gewährt wird, während der Entwurf nur eine „Kann"vorschrift vorsah. Ebenso haben die Altrentner Anspruch auf Körperersatzstücke, orthopädische und andere Hilfsmittel in dem im § 7 des RVG. vorgesehenen Umfang. Im § 4 hat der Ausschuß die Worte „§§ 21 und 23" gestrichen. Durch die Streichung dieser Worte ist erreicht, daß die soziale Fürsorge im Sinne der §§ 221 und 23 des RVG. auch den Altrentnern zuteil wird. Es handelt sich hierbei in erster Linie um die Berufsberatung und dann weiter um die sogenannte soziale Kriegsfürsorge. Die Berufsberatung wird nur eine untergeordnete Bedeutung haben, da die meisten Altrentner einen andern Beruf kaum mehr ergreifen können und dürften. — Die Landeszentralbehörden können an Stelle der nach den §§ 68 bis 71 des RVG. zur Mitwirkung berufenen Hauptfürsorgestellen und Fürsorgestellen der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen deren Aufgabe auf andere Behörden übertragen. Nur auf solche Personen, die auf Grund der Kapitalabfindungsgesetze vom 3. Juli 1916 oder vom 26. Juli 1918 Kapitalabfindung erhalten konnten, finden die Vorschriften der §§ 72 bis 95 des RVG. Anwendung. Anders liegt die Sache bei der sogenannten sozialen Kriegsfürsorge. Der vorhandene Altrentnerfonds ist bereits den Hauptfürsorgestellen überwiesen worden; die Altrentner sollen aus diesem Fonds im Falle der Bedürftigkeit neben der gesetzlichen Rente gewisse Zuschüsse erhalten.

Nach dem Entwurf sollte das Altrentnergesetz am 1. April 1921 in Kraft treten. Der Ausschuß hat beschlossen, daß das Gesetz bereits am 1. Januar 1921 in Kraft tritt, so daß den Altrentnern die zu erhöhenden Bezüge für ein weiteres Vierteljahr nachzuzahlen sind. Nachzahlungen für einen vor dem 1. Januar 1921 liegenden Zeitraum finden nicht statt. Die auf Grund der bisher geltenden Gesetze zu zahlenden Versorgungsgebührnisse werden nach dem 1. Januar 1921 so lange weitergezahlt, bis die Gebührnisse nach dem neuen Gesetz festgestellt sind. Soweit die Anspruchsbedingungen am 1. Januar 1921 eine Teilrente von 10 v. H. nach den früheren Versorgungsgesetzen beziehen, werden ihnen die nach den bisher für sie geltenden Gesetzen und den hierzu bis zum 1. April 1921 ergangenen Verordnungen und Erlassen zu zahlenden Gebührnisse bis zum 31. Dezember 1921 weitergezahlt. Mit dem 1. Januar 1921 wird an Stelle dieser Gebührnisse von Amts wegen eine einmalige Abfindung in Höhe des dreifachen Jahresbetrages gewährt.

Es ist zu begrüßen, daß durch das Inkrafttreten dieses Gesetzes eine wesentliche Vereinfachung in der Versorgungsgesetzgebung erreicht worden ist, und brauchen die Versorgungsbehörden, die hoffentlich die Feststellung der neuen Renten beschleunigen werden, nur noch das Reichsversorgungsgesetz zu handhaben.

Durch die Angleichung der bisherigen Gebührnisse an das RVG. vom 12. Mai 1920 ist für die Altrentner gewiß ein Fortschritt erzielt worden. Möge das Gesetz dazu beitragen, den Altrentnern die wirtschaftlich trüben Zeiten erträglicher zu gestalten und sie wie alle andern Rentenempfänger vor der größten Not zu schützen.

Aus aller Welt.

Für die Drohnen des Lebens. Der Magistrat der Freistadt Memel hat mit ausdrücklicher Genehmigung des Oberkommissars für den Freistaat Memel dem Besitzer des Kurhauses in Sandkrug die Konzession für eine Spielbank in diesem Badeort auf die Dauer von zehn Jahren erteilt. Bereits am 1. August soll die Eröffnung im Kurhauskasino erfolgen. Inzwischen hat sich auch ein Konsortium von hier ansässigen Kaufleuten und Franzosen gebildet, das mit einem Kapital von 50 Millionen Mark Memel-Sandkrug und die umliegenden Ortschaften durch Errichtung von großen Hotels, Sanatorien und Villen zu einem bevorzugten Badeort ausbauen will.

Eine Typhusepidemie ist in Duisburg ausgebrochen. Die Zahl der an Paratyphus Erkrankten ist auf 180 gestiegen. Bisher sind 4 Personen der schrecklichen Seuche erlegen, die auf den Genuß frischen Pferdefleisches zurückzuführen ist.

Brände überall. Einem Drahtbericht aus Kopenhagen zufolge wüten in ganz Skandinavien noch immer große Wald-, Heide- und Moorbrände. Im Norden und Süden Schwedens sind Wälder, Holzsägewerke, Zellulosefabriken, ein ganzes Dorf und viele Gehöfte im Werte von vielen Millionen Kronen durch Feuer vernichtet. In Norwegen steht bei Acogsbinger ein großer Wald in Flammen. Der Schaden beträgt bisher etwa 1 Million Kronen. In Jütland sieht man überall Rauch und Flammen von enormen Heide-, Moor- und Waldbränden. Im Norden Jütlands wird das bekannte Lazarettlager Hall vom Feuer bedroht. Es hat einen Wert von 5 Millionen Kronen.

Der Kreuzer „Frankfurt" zerstört. Nachdem einen ganzen Tag Heeres- und Marineflugzeuge den ehemaligen deutschen Kreuzer „Frankfurt" mit Bomben beworfen hatten, ist es schließlich durch Zufall gelungen, das Schiff zu vernichten. Eine 600 Pfd. schwere Bombe explodierte in der Nähe des Schiffes im Wasser, wodurch das Schiff kenterte. Im ganzen wurde die „Frankfurt" elfmal getroffen mit fünf Blindgängern. Man hatte bereits beschlossen, Torpedojäger auszuschicken und das Schiff in Grund zu bohren.

Zur Mißernte noch Heuschrecken! Ueber Südrußland ist ein neues Unheil gekommen. Eine Heuschreckenplage verbreitet sich über das ganze Land. Zum Kampfe mit dem gefräßigen Insekt, das die Felder verwüstet, haben die Behörden eine besondere Mobilisierung der Bevölkerung angeordnet. In den Wolgagebieten ist die Aussaat des Wintergetreides eingestellt worden. Die Kolonisten verlassen fliehend das Land. In den südlichen Gouvernements ist die Saat zugrunde gegangen. Ein Moskauer Funkspruch kündigt an, daß die Bauern dieser Gegend die Dörfer verlassen. Der Hunger droht der Landbevölkerung mit völligem Untergang.

Preissturz infolge der Hitze. In ganz Frankreich ist infolge der immer noch anhaltenden heißen Witterung der Fleischverbrauch ganz außerordentlich zurückgegangen. Infolgedessen wimmeln überall die Märkte und Hallen von unverkauftem Vieh. Die Folge ist ein großer Preissturz. Junge Zuchtochsen von zwei Jahren, die bisher für 1500 Francs verkauft wurden, kosten nur noch 350—400 Francs. Gegenüber dem Dezember 1920 ist der Preis bei Kalbfleisch auf die Hälfte, bei Hammel- und Schweinefleisch auf fast die Hälfte gesunken.

Aus Seenot gerettet. Wie „Berlingske Tidende" meldet, hat das Königsschiff „Island" die Besatzung und die Passagiere des an der grönländischen Küste gestrandeten schwedischen Dampfers „Bele" an Bord genommen. Ein Teil der Ausrüstung für die grönländische Expedition Knud Rasmussens ist jedoch vernichtet worden.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Zu der Fahrpreiserhöhung bei der Straßenbahn.

Dauernd schreibt die Betriebsbehörde (Abt. Straßenbahn) von Unterbilanz. Dabei sind die Wagen oft überfüllt, vor allem an Sonntagen. Die Wagen der Strecken Schlutup, Rückniß und Schwartau sind vollbesetzt, was doch erkleckliche Summen einbringt. Wenn auch im Preis alles gestiegen, auch die Löhne des Fahrpersonals um 25 Pfg. pro Stunde erhöht sind, kann aber trotzdem meines Ermessens in Anbetracht der erheblichen Einnahmen der letzten Zeit, von einer Unterbilanz nicht die Rede sein. Natürlich, wenn der Senat, wie seinerzeit bei dem Streik der Straßenbahner, Unsummen einfach aus dem Fenster wirft, (denn hätte selbiger die 25 Pfg. gleich bewilligt, so wäre es nicht zu einem Streik gekommen und der Staat hätte mindestens eine Mehreinnahme von 500 000 Mk. gehabt), soll schon eine Unter-

Die Fabel aller Zeiten.

Von Hermann Lange.

Es war einmal ein König. Der hielt an seinem Hofe stets einen Weisen, von dem er sich beraten ließ.

Eines Tages sah er nur zu deutlich, daß sein Säckel kleiner und der Unwillen seiner gequälten Völker immer größer ward. Da ließ er seinen Minister kommen und sprach: „Pharius! Rate mir! Was soll ich tun?"

„Weniger Geld ausgeben," sagte der Philosoph.

„Weniger Geld ausgeben?!" rief der Herrscher. „Wie soll ich das machen?"

„Führe weniger Kriege!" sagte der Philosoph.

Der König aber wollte mehr Kriege führen, denn er versprach sich Gewinn davon. Der Weise zuckte mit den Achseln, wies gen Himmel und schwieg.

So kam der Krieg mit den Athenern. Der König verlor Schlacht um Schlacht. Er ließ seinen Philosophen kommen und sprach: „Pharius! Du bist verantwortlich für das Schicksal meines Volkes. Was soll ich tun, um nicht besiegt zu werden und um Geld zu erhalten?" Der Philosoph runzelte die Stirn, sah ihn fest an und sprach laut: „Brich den Krieg ab!" Da ließ der König ihm hundert Streiche auf die Fußsohlen geben und zog gegen die Athener. Als er wieder heimkam, war er allein.

So ließ er seinen Minister rufen und sprach: „Pharius! Du bist verantwortlich für das Schicksal meines Volkes! Rate mir. Was soll ich tun?"

„Dir raten lassen", sagte der Weise. Da ließ der König ihm die Zunge ausreißen und ihn einkerkern. Er selbst aber sammelte ein Heer. Nach fünf Monaten waren es einhundertdreiundsiebzig Mann.

Da ließ er seinen Philosophen rufen und sprach: „Was soll ich tun, um zu Kriegern zu kommen?" Aber Pharius konnte ja nicht mehr reden. Deshalb schrieb er auf: „Lasse sie im Kriege nicht töten!"

Da ließ ihm der König die rechte Hand abschlagen und zog gen Athen. Aus einem noch unbekannten Grunde wurde er besiegt.

Als er heimkehrte, ließ er seinen neuen Berater kommen und sprach: „Sardus! Du bist verantwortlich für das Schicksal deines Vaterlandes. Rate mir: Was soll ich tun?"

Aber Sardus war schlauer als Pharius. Der Schaden seines Freundes hatte ihn vorsichtig gemacht. Er verneigte sich tief und sprach: „Großmächtiger Fürst! Führe Krieg und ziehe gegen die Athener!"

Der König beschenkte ihn reich und zog gen Athen. Aber er wurde wieder besiegt. Da ließ er seinen Philosophen kommen und sprach: „Sardus! Ich will dich vor größeren Dummheiten bewahren!" Damit schlug er ihm das Haupt ab und ließ es auf einen Spieß stecken.

Gegen die Athener aber zog er immer noch.

Nette Aussichten für kommende „Große Zeiten"!

Der amerikanische General Fries hat in der Kriegsakademie in Washington einen Vortrag über die „Chemische Kriegführung und ihre Wirkungen auf Strategie und Taktik" gehalten. Die Einzelheiten, die Fries brachte, sind so ungeheuerlich, daß man sich einmal hineinvertiefen muß. Er erklärte: Die Marine wird Gas sowohl in ihren Geschützen als auch in Rauchwolken wie in irgendeiner Art schwimmender Fackeln verwenden. Der Giftqualm, der in genügender Konzentrierung tödlich ist, hat in kleinen Mengen eine außerordentliche Reizwirkung. Ein Gas, das in das Lüftungssystem eines Schiffes hineingelangt, wird dasselbe ganz und gar durchdringen. Die giftigen Gase können von Flugzeugen abgeworfen oder von Unterseebooten unter Wasser abgelassen werden. In beiden Fällen werden sie weite Gebiete vergasen, noch welche Schiffe hindurch müssen. Weißer Phosphor, der brennt und weder naß noch trocken gelöscht werden kann, wird auf die Schiffe niederprasseln. Wir werden giftige Gase sowohl in flüssiger als auch in fester Form wählen können, solche, die nur reizen, oder solche, die hochgradig giftig sind, die sichtbar oder unsichtbar sind, die tagelang liegen bleiben oder mit dem Wind verwehen, so läßt das Gas sich jeder Waffengattung und jeder Art Kriegshandlung anpassen. Aber man muß es planmäßig verwenden, eingedenk dessen, daß es im Kriege keinen Mittelweg, sondern nur Leben oder Tod gibt. Vergessen Sie nie, daß wir in einem großen Kriege schneller 5 Millionen Mann ausheben und ausbilden als ausrüsten können, es sei denn, daß wir mit der gehörigen Voraussicht unsere lebensnotwendigen Industrien aufbauen, unsere Reservevorräte auf der Höhe halten und vor allem solche vollkommenen Pläne vorbereiten, daß wir alle Friedensräder im Augenblick in Kriegsschwingen umstellen können". — Wie war es doch? Trat nicht Amerika in den Weltkrieg ein, um gemeinsam mit der Entente den Militarismus endgültig auszurotten?

Wie werde ich Diplomat?

Hans Knax hat im Verlag Nemo u. Co. ein Büchlein unter obenstehendem Titel herausgegeben, woraus wir die folgenden Sätze entnehmen:

Habe nie eine eigene Meinung.

Richte dich stets nach der Meinung derjenigen Partei, die dir den größten Vorteil gewährt.

Verrate nie eine Unkenntnis. Wenn zum Beispiel von Mexiko die Rede ist, so sage nicht gerade heraus, es liegt in Afrika; denn es könnte auch in Asien gelegen sein. Rede vielmehr so im allgemeinen: „eins jener zukunftsreichen Länder, wo die Sonne im Sommer sehr warm ist". Sprich von ungeahnten Expansionsmöglichkeiten, fabelhaften Dimensionen. Zu Hause lies dann den Artikel Mexiko im Kleinen Brockhaus und merke dir die Namen: Hesse-Wartegg, Seler, Noriga, Below, Lemée, Lumholtz. Packe sie bei passender Gelegenheit aus und setze deine Freunde mit deiner Kenntnis über die Fachliteratur, die von jenem Land handelt, in Erstaunen.

Betone immer das „Wesentliche". Niemand weiß, was es ist, aber dir gibt es den Anschein tiefster Erkenntnis.

Ueber Politik sprich mit vielsagenden Lächeln. Man wird dann glauben, daß du in alle Schändlichkeiten eingeweiht bist.

Entrüste dich nie. Wenn deine Freunde sich ärgern, daß ihnen der Kellner 150 Mark für die Flasche Sekt abverlangt, erkläre kaltlächelnd, daß du gestern dafür wo anders 200 Mk. gezahlt hast. Verrate nicht, daß es Selterwasser für zwei Mark gewesen ist.

Trachte danach, unentbehrlich zu erscheinen. Dann werden die anderen für dich arbeiten, während du verdienst.

bilanz herauskommen. Warum kann auch nicht bei uns, wie in anderen Städten, der Staat, um die Rentabilität des Betriebes hochzuhalten, einen jährlichen festen Zuschuß bewilligen? In Hamburg geht es doch, und dort ist die Straßenbahn noch Privatbetrieb. Für den Kapitalismus kommt eine solche Erhöhung nicht in Frage, aber für den Arbeiter, Angestellten und kleinen Gewerbetreibenden. Alle diese haben nur den Sonntag, um sich von der Arbeit der Woche zu erholen. Kann aber ein Familienvater von 5—6 Köpfen noch einen Ausflug unternehmen, wenn er schon 20 Mk. für die Straßenbahn bezahlen soll? Ist die Straßenbahn nur für den Reichen, als Luxus da, oder dient sie dem Volksganzen. Ich appelliere in diesem Sinne an die Bürgerschaftsfraktionen, besonders an die sozialdemokratische, diesem Antrage des Senats nicht zuzustimmen, im Interesse aller. A. Sch.

Eingegangene Druckschriften.

„Der Vorwärts-Almanach für das Jahr 1922" ist der Familienkalender des arbeitenden Volkes. Er gelangt Mitte August d. J. in verbesserter Ausgestaltung und größerem Format bei der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, zur Ausgabe. In Tiefdruck auf gutem Papier ausgeführt, reich illustriert mit künstlerisch ansprechendem Kartonumschlag präsentiert er sich wieder als Jahrbuch eines reichen auf dem Standpunkt des klassenbewußten Proletariats gewachsenen Inhalts. Er sucht über die wichtigsten Fragen der Gegenwart zu orientieren und am kulturellen Aufbau der Zeit mitzuarbeiten. Durch eine geschickte Zusammenstellung wird er dieser schwierigen Aufgabe gerecht. Vom neuen Deutschland plaudert er, von der Presse und demokratischer Kultur. Für die Ausschmückung des Arbeiterheims gibt er wertvolle Anleitung und läßt in Wort und Bild das Werden einer modernen Großstadt vor uns erstehen. Es fehlt in ihm weder an praktischen Anregungen für zeitgemäße Kindererziehung, noch an Ratschlägen für geschmackvolle Kleidung. Besonders aber wird den Parteigenossen ein Aufsatz interessieren, der die Verhöhnung des Sozialismus in der bürgerlichen Karikatur behandelt. Für die reine Unterhaltung der Erwachsenen sowohl als der Kinder sorgen hübsche fesselnde Erzählungen, Märchen, Gedichte usw. Auch der Humor kommt durch reichlich aufgenommene Anekdoten und Witze zu seinem Recht. So wird der „Vorwärts-Almanach" von dem arbeitenden Volke wieder als ein lieber Freund und nützlicher Zeitweiser durch das künftige Jahr begrüßt werden, umso mehr, als sein alter niedriger Preis nicht erhöht wurde. Bestellungen nehmen alle Parteibuchhandlungen entgegen.

Verpachtung der Lübecker Warmbadeanstalt.

Der Betrieb der Lübecker Warmbadeanstalt soll vom 1. Oktober d. J. ab verpachtet werden.

Pachtliebhaber wollen sich bis zum 1. August an das Bureau der Behörde, Fleischhauerstr. 18, Zimmer Nr. 6, wenden.

4314) **Die Finanzbehörde.** Abt. f. Häuser u. Plätze.

Am Mittwoch, d. 20. Juli starb plötzlich und unerwartet meine liebe Mutter

Auguste Wieckhorst,
geb. Steffen
im 80. Lebensjahre.

Tief betrauert von ihrem Sohne (4336

Julius Wieckhorst.

Die Beerdigung findet am Montag, d. 25. Juli, nachm. 1¾ Uhr, vom Vorwerker Friedhof aus statt.

Gesucht z. 1. Aug. 1 junges **Mädchen** von 14—15 Jahren b. Familienanschl. Frau **M. Witt**, Gothmund. (4321

Maurer
für Arbeiten in der Stadt gesucht. (4331
Hermann Kassun,
Maurermeister,
Moislinger Allee 55 b.

---

1 Paar Damenhalbschuhe u. 1 P. Kinderst. zu verk. 4324) Dünkenhagen 12, 1.

Fahrrad zu verk. (4323 Bei der Lohmühle 20.

Gardinen
4359) An der Mauer 84.

Zu verk. alte Bettinletts. 4349) Bei St. Johannis 2.

Zu verk. f. neuer Rucksack. 4333) Lindenstraße 39 a.

---

3. verk. 2fl. Gasherd, f. n. 4425) B. Tannenhof 10.

3,10 m Marengo-Anzugstoff f. preiswert z. verkaufen. 4319) Warendorpstr. 5 II.

Klappsportwagen mit Verd. zu kaufen gesucht. Ang. m. Pr. u. G K a. d. Exp. (4338

Guterh. Sportkarre zu kauf. ges. Ang. m. Pr. u. P R a. d. Exp. d. B. (4317

Papagei zu kauf. gesucht. **Hansen,** Hamburg 22. Schmalenbecker Str. 20. Bin Selbstabholer. (4350

Z. kf. ges. 1 Kanarienvogel. Ang. m. Pr. u. W. A. a. d. Exp.

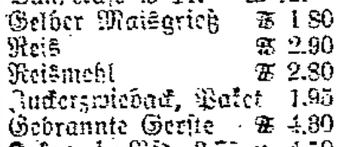
Nervenarzt (4334
Dr. Thoemmes
zurück.

Verzogen nach (4355
Breite Straße 43, I.
Dr. Oehmke,
Fernsprecher 1088.

Gerste
für Hühner.
Gerstenschrot
für Schweine
zu billigen Tagespreisen.
Dampfmühle
Carl Moll
Alsheide 12—14.
4327) Telephon 824.

Täglich: (4358
frisch geräucherter
Aal
Paul Lohrmann,
Lübeck, Hundestraße 95.

Karl Lahrtz, Böttcherstr. 16. (4318
Pa. Beefst., Rollfl. ℔ 13.—
„ fettes Hammelfl. „ 12.—
„ fett. fr. Schweinefl. 14.—
Fr. Gehacktes p. Pfd. 10.—



Empfehle:
Steinbutt, Seezungen, Heilbutt,
Schellfisch Pfd. 1.50 M.
Seelachs Pfd. 1.— „
Ostsee-Steinbutt 2.50 „
Fischkarbonade 2.50 „
Goldbutt, Hechte.
Johannes Willhöft,
Holstenstr. 21.
4329) Fernruf 8238.

Eimerbier.
Morgen Sonnabend von 3—6 Uhr. (4360
H. Bade.

Weißes Schmalz	℔ 12.—
Palmin, billigst,	
Margarine	℔ 8.— u. 7.50
Kunsthonig	℔ 4.25
Sirup	℔ 2.80
Rindertalg	℔ 8.—
Vit. Käse	℔ 8.— u. 9.—
Dän. Käse	℔ 11.— u. 12.—
Gelber Maisgrieß	℔ 1.80
Reis	℔ 2.90
Reismehl	℔ 2.80
Zuckerzwieback, Paket	1.95
Gebrannte Gerste	℔ 4.80
Kakao, ¼ Pfd.	3.75 u. 4.50
Gbr. Kaffee ¼ Pfd.	5.—, 6.—

Eduard Speck,
4356) Hüxstr. 80 u. 82.

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchdruckerei Fr. Meyer & Co.

Die Kriegsverlängerer toben!
Die Deutschnationalen, im besondern Herr Hergesell, spritzen täglich ihre Wut gegen

PHILIPP SCHEIDEMANN
und dessen beide letzte Veröffentlichungen
„Der Zusammenbruch"
und
„Papst, Kaiser und Sozialdemokratie"

Beide Veröffentlichungen Scheidemanns sind tödliche Waffen gegen die wahren Urheber des Friedensvertrages und des Ultimatums

Jeder Sozialist muß Scheidemanns Bücher gelesen haben

Unter bequemen Zahlungsbedingungen zu haben bei

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

4352) **Wir sind billig!**

Damenstrickjacken	**185.00 Mk.**
do. Mäntel	**78.00 Mk.**
do. Röcke	**25.00 Mk.**
Reelle moderne Herrenkleidung.	
Manchesterhosen	**125.00 Mk.**
Pilothosen	**58.00 Mk.**
Herren-Anzüge	**250.00 Mk.**
Knaben-Anzüge	**78.00 Mk.**

Herren-, Damen- u. Kinderstiefel
(braun und farbig) enorm billig.
Ehlers & Reetwisch, Ecke Holstenstr. St. Petri 2-4.
Das bekannt reelle Einkaufshaus in Manufaktur-, Konfektion- u. Schuhwaren.

Wir empfehlen zum Abonnement
Die Neue Zeit
Wochenschrift
der Deutschen Sozialdemokratie
Preis für das Heft M. 1.50
Jeder Parteigenosse, der sich um die Entwicklung und Klärung der Parteiinteressen kümmert, sollte auch Leser der Neuen Zeit sein
Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie von sämtlichen Kolporteuren entgegengenommen

---

Johann Möller's billige Fleischquelle, Hüxstr. 83/85.

Schweinefleisch	14 M.	Gehacktes	8 M.
Karbonade	16 M.	Knochen (4353)	1 M.
Hammelfleisch	10 M.	Scheibenbeefsteak	14 M.
Rollfleisch	12 M.	Schinken	16 M.

CALCADONA
D. R. P. A.
Zur Kalkwand
(Anschmutzen, Blühen, Ausspringen, Nachmalbarkeit)
Zugelassen
Jaik-Palac
Im Apothekenbau und Krankenhaus-Hygiene bewährt
Chemische Fabrik Marienfelde
Berlin-Marienfelde
4315

Gebr. Hirschfeld
Lübeck, Breite Str. 39—41.

Preiswerte Morgenröcke

Warme Morgenröcke aus weich. Lammfellstoff. 135.-, 95.-, **68.00**

Billige Waschblusen

Weisse Waschblusen aus Voile u. Batist 29.50, 22.50, **19.50**

Hemdblusen aus weiß Panama und gestr. Zephir . . . 45.-, 36.-, **29.75**

Elegante Waschblusen m. Filet- u. Stickerei-Eins. 79.-, 68.-, **48.00**

Billige Waschkleider

Kattunkleider einfarbig und geblümt . 75.-, 62.-, **58.00**

Weisse Waschkleider aus bestickt. Voile . . . 95.- 85.-, **68.00**

(4342

Achtung!
Deutscher Bauarbeiterverband.
Bezirksverein Lübeck.

Am Sonntag, dem 24. Juli, von morgens 9 Uhr bis mittags 1 Uhr, findet eine Urabstimmung in folgenden Lokalen statt:

Innere Stadt: **Gewerkschaftshaus**
Holstentor-Nord: **Storch,** Friedenstr.
„ Süd: **Martiensen,** Lindenstr.
Burgtor: **J. Groth,** Kottwitzstr.
Mühlentor: **Schöning,** Ratzeb. Allee.

In den Zahlstellen von 9—3 Uhr in den Vereinslokalen. (4332

Am Sonnabend, dem 23., abends 7½ Uhr, findet in Moisling und Fackenburg eine Mitgliederversammlung statt. Vollzähliges Erscheinen notwendig.

Kollegen, am Sonntag sollen die Bauarbeiter in ganz Deutschland entscheiden, ob bis zum nächsten Verbandstag, welcher im Frühjahr stattfindet, ein Stundenlohn die Woche als Beitrag maßgebend sein soll. Am nächsten Frühjahr laufen alle Tarifverträge ab, deshalb muß für alle die Parole lauten: **Wir wollen gerüstet sein!**

Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Bezirksvereinsvorstand.

DER GUTE NAME

eines reellen Geschäfts prägt sich dem Leser am besten dann ein, wenn ***fortlaufend*** im Lübecker Volksboten inseriert wird. Diese Inserate haben

durchschlagenden Erfolg!

Für
Säuglinge, Kinder, Kranke und Gesunde!
Degermanilch!

Unbedingt einwandsfrei: d. h. frei von allen gesundheitsschädlichen Bakterien, unter Erhaltung der Schutzstoffe der Milch und des

Rohmilchcharakters bei erhöhter Haltbarkeit.

Selbst für Kindernahrung ist das Kochen überflüssig. Die erforderliche Milchmenge braucht nur in heißem Wasser angewärmt zu werden.

Man fordere in unseren Verkaufsstellen und in unserer Geschäftsstelle

„Degermanilch".

In anderen Städten bereits mit großem Erfolg eingeführt. Von Wissenschaftlern eingehend durchgeprüft und glänzend beurteilt.

Die Milch wird in Metallflaschen geliefert. Jede Flasche trägt unsere Marke. Auf unverletzten Verschluß bitten wir die Käufer zu achten.

Die **Degermanilch** kostet pro Flasche Mk. **3.20,** sie ist billiger als jede andere Kindermilch.

Bei erstmaligem Bezuge müssen wir ein Flaschenpfand von Mk. 15.— erheben, das beim Aufhören des Bezuges zurückgezahlt wird.

Lübecker Gemeinnützige Milchversorgung
4345) **e. G. m. b. H.**

---

50 Ztr. Rauchtabak
garantiert rein Uebersee (4322
Pfd. nur 18.00 Mk.
Grundmann, Schüsselbuden 32.

Fettes Rindfleisch Pfd. 5.50 M.
Hack 8.-, Braten 6.50, Gulasch 9.-,
Rollfleisch und Beefsteak 10.-
Hammelfleisch Pfd. 8,00 M.
O. Stöver, Wahmstr. 22, Tel. 2133.
4287